Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1932

137 (15.6.1932)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig • Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungs ieles, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt • Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. • Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, zuzüglich 38 Pfg. Trägerlohn • Ohne Zustellung 1,90 Mark • Durch die Post 2,36 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr • Postscheckkonto 2650 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020/7021 • Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptstr. 9; B.-Baden, Jagdhausstr. 12; Rastatt, Rosenstr. 2; Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 137 | **Karlsruhe, Mittwoch, den 15. Juni 1932** | **52. Jahrgang**

Baronsparole: Elendsanstalt!

Die Notverordnung der preußischen Barone - Die sozialreaktionären Wünsche des Industriekapitals werden erfüllt. - 1500 Millionen Mark Neubelastung für die Werktätigen - Lächerliche 54 Millionen Mark Belastung für die Besitzenden - Kürzung der kümmerlichsten Proletarierrenten, keine Kürzung der Riesenpensionen - Der Bund gegen das werktätige Volk:

Adel, Großkapitalisten, Großagrarier und Nazis

Die Notverordnung der von den Nationalsozialisten tolerierten Adelsregierung übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. Sie steht durchaus unter Einfluß des Wortes, das am Dienstag der neue Reichsarbeitsminister, ein früherer Kruppscher Direktor, geprägt hat, wonach man eigentlich die Sozialfürsorge um die Hälfte hätte streichen müssen. Man legt den breiten Massen neue Lasten auf, andererseits treten für den Besitz und die hohen Einkommen Erleichterungen ein. Die hohen Militärpensionen werden nicht angerührt, die hohen Einkommen bleiben von der Beschäftigtensteuer unberücksichtigt.

Kürzung der Renten und Pensionen

Bei den **Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherungen** werden die alten Renten

um 6 ℳ bei den **Invaliden**,
um 5 ℳ bei den **Witwen**, und
4 ℳ bei den **Waisen**

pro Monat gekürzt.

Bei den neuen Renten wird der Grundbetrag um 7 ℳ **verkürzt** und der

Kinderzuschuß um 2,50 ℳ.

Die Anteile der **Witwen- und Waisenrenten** an der Hauptrente — bisher 6/10 und 3/10 werden auf 5/10 und 1/10 herabgesetzt.

Die **Unfallrenten**, die in der Zeit von 1927 bis 1931 zugebilligt wurden, werden um **15 Prozent vermindert.**

Bei den **übrigen Renten** tritt eine **Kürzung** um **7,5 Prozent** ein. Damit sind die Maßnahmen noch nicht erschöpft.

Ein **Verfahren**, das die Rentenbezieher usw. vor den Versicherungsbehörden im Rechtsweg anstrengen, wird mit einer **Verwaltungsgebühr** belegt. Die Verlautbarung der Regierung gebraucht hier das typische Wort „beschwert", was den Nagel auf den Kopf trifft.

Die **Zahl** der Rentenbezieher soll **verringert** werden.

In der **Kriegsopferversorgung** tritt eine **Verminderung** der **Sätze** an die gekürzten Sätze in der Reichsversorgung und der Sozialversicherung ein.

Vor allem werden die Renten der **kinderlosen** Leichtbeschädigten auf den Stand der Renten der Leichtbeschädigten mit Kindern vermindert.

Kürzung in der Arbeitslosen-, Krisen- und Erwerbslosen-Versicherung

In der **Arbeitslosenversicherung** werden die Unterstützungsleistungen **um durchschnittlich 23 Prozent gekürzt.**

Dazu tritt eine **Hilfsbedürftigkeitsprüfung nach sechs Wochen.** Dadurch sollen eingespart werden 180 Millionen Mark.

In der **Krisenunterstützung** wird die **Hilfsbedürftigkeitsprüfung unbeschränkt** eingeführt.

Außerdem tritt eine **Kürzung der Leistungen um 10 Prozent** ein.

Die **um 15 Prozent gesenkten Wohlfahrtssätze** werden in der Krisenversicherung als Höchstsätze eingeführt.

In der **Wohlfahrtsunterstützung** beträgt die Senkung der Unterstützungsleistungen **15 Prozent.** Man erhofft dadurch eine Einsparung von 334 Millionen Mark.

Insgesamt werden in der **Arbeitslosenfürsorge also Kürzungen im Gesambetrage von 520 Millionen Mark** vorgenommen.

Beschäftigtensteuer

Da das Reich seine Zuschüsse für die Arbeitslosen **beschränkt**, muß es, um den Etat durchzuführen, **400 Millionen Mark neuer Steuern** aufbringen.

Diese 400 Millionen Mark werden ohne weiteres auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten abgewälzt.

Man zerschlägt also die Sozialversicherung, was das Kabinett Brüning durch die Beschäftigtensteuer verhüten wollte.

Das Adelskabinett nennt die Beschäftigtensteuer „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe". Das klingt ein wenig anders. Dafür ist die vorgesehene Belastung aber weit einseitiger und drückender. Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe wird von dem **Bruttoarbeitsentgelt der Lohn- und Gehaltsempfänger** erhoben für die Zeit vom 1. Juli 1932 bis 31. Mai 1933. Dieser Steuer unterliegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger, alle Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die Ruhegelder oder ähnliche Bezüge haben, Beamte, auch Beamte des öffentlichen Rechts, auch wenn sie in Deutschland nicht ihren Wohnsitz haben. Unter die Steuer fallen weiter Renten, wenn sich das Reich und so weiter, oder eine sonstige Körperschaft des öffentlichen Rechts an der Aufbringung beteiligen. Befreit sind Lehrlinge und das „Arbeitsentgelt für vorübergehende Dienstleistungen" und für „geringfügig Beschäftigte". Die **Abgabe beträgt**

bei einem Arbeitsentgelt bis zu 125 ℳ monatlich . 1,5 Prozent
bei einem Arbeitsentgeld bis zu 300 ℳ monatlich . 2,5 Prozent
bei Entgelt zwischen 300 und 700 ℳ monatlich beträgt die Abgabe für die ersten 300 ℳ . . . . 2,5 Prozent
für die weiteren Beträge . . . . . 5,75 Prozent
bei einem Arbeitseinkommen zwischen 700 ℳ monatlich und 3000 ℳ beträgt die Abgabe von den ganzen Bezügen . . . . . 5,75 Prozent
Sofern das Arbeitsentgelt im Monat den Betrag von 3000 ℳ übersteigt, beträgt die Abgabe . . . 6,8 Prozent

In diesen Sätzen ist die bisherige **Krisenlohnsteuer einbegriffen.** Die Bestimmung in der neuen Regelung, daß die bisher entrichtete Krisenlohnsteuer wegfällt, hat also **nur formale** Bedeutung. Die Abgabe für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden und der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird auf 1,5 Prozent festgesetzt.

Der Dank des nationalen Deutschland

„Freue dich, wackerer Krieger, dein Blut ist nicht umsonst geflossen. Jetzt ist die nationale Regierung da, sie wird dir zeigen, . . .

. . . daß der Staat keine Wohlfahrtsanstalt ist. Darum: herunter mit der Rente!"

Schonung der hohen Einkommen

Die hohen Einkommen kommen damit weg, daß neben der bisherigen Krisensteuer-Veranlagungsrate, die im Oktober 1932 zu zahlen wäre, noch eine zweite Rate im Januar 1933 erhoben wird. **Eine zusätzliche Belastung wie bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten tritt also hier nicht ein.** Die bisherige Leistung wird bis zum ersten Halbjahr 1933 verlängert.

Unter diese Bestimmung fallen solche Personen, die ein Einkommen über 16 000 ℳ beziehen, also die Generaldirektorengehälter in Höhe von 100 000 ℳ, 200 000 ℳ im Jahr und mehr, auch solche Personen, die aus Kapitalvermögen, Hausbesitz usw. Einkommen haben.

Umsatzsteuer auch unter 5000 Mark

Vor einigen Monaten hatte das **Kabinett Brüning** die Bestimmung erlassen, bei einem **Umsatz bis zu 5000 ℳ** im Jahr **Umsatzsteuer nicht** zu erheben. Diese Bestimmung sollte nicht nur der Vereinfachung und der Kostenersparnis dienen, sondern sollte auch den **kleinen Gewerbetreibenden und dem Kleinhandel Erleichterung bringen.**

Damit räumt die Notverordnung der Deutschnationalen und der Nazis jetzt auf.

Es waren bisher 2½ Millionen Personen im Genuß dieser Erleichterung. Die Umsatzsteuergrenze bis zu 5000 ℳ wird wieder hergestellt. Das bedutet eine Belastung bis zu 150 Millionen Mark pro Jahr. Statistisch werden die einzelnen Betroffenen mit etwa 150 ℳ im Jahr belastet.

Kolonialsteuer

Zur weiteren Steigerung der Einnahmen greift die Notverordnung auf die

Salzsteuer

zurück, die vor dem Kriege in Deutschland bestanden hat, dann aber **in der Republik**, ihres **unsozialen** Charakters **wegen abgeschafft** wurde. Diese **Salzsteuer** wird von den Engländern **in den Kolo-**

nien, bei den **Negern** und den **Indern** erhoben, aber nicht in der Höhe, wie sie die neue Notverordnung vorsieht. Diese kommt auf den ungeheuerlichen Satz von

12 Pfennig per Kilogramm.

Diese Belastung, eine der ärgsten Massenbelastungen, die man sich denken kann, stellt sich auf **70 Millionen Mark** im Jahr.

Senkung der Aufbringungsumlage

Unter der Aufbringungsumlage versteht man die Steuer, die von den großen Industriebetrieben erhoben wurden, um die Aufbringung der Reparationslasten durchzuführen. Für das Jahr 1932 hätten 200 Millionen Mark Aufbringungssteuer erhoben werden müssen, von denen 80 Millionen Mark für die Bedürfnisse des Reiches, 90 Millionen Mark für die Ostbilfe und 30 Millionen Mark für den gewerblichen Mittelstand (Kredite) bestimmt waren. Für die Aufbringung wird jetzt ein neuer Schlüssel geschaffen. Die **vermögenssteuerfreie Grenze bleibt bei 500 000 Mark bestehen.** Dabei entsteht für das Reich direkt ein Verlust von 60 Millionen Mark. Der Ostbilfe können nur 45 Millionen Mark zugeführt werden und den gewerblichen Krediten nur 15 Millionen.

Hier haben wir es schon mit einer ausgesprochenen Subvention für die Groß- und Schwerindustrie zu tun.

Pfändbarkeit der Kirchensteuer

Die Reichsabgabeordnung wird dahin geändert, daß, soweit es sich um die Pfändung direkter persönlicher Steuern aus den letzten drei Monaten handelt, der **Arbeits- und Dienstlohn unbeschränkt pfändbar ist.**

Kontrolle der gemeindlichen Finanzwirtschaft

Bei den **Gemeinden** wird das Recht, Unterstützungen für die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen, davon abhängig gemacht, daß die regelmäßige Prüfung der Haushaltsrechnungen durch eine geeignete unabhängige Stelle und die Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse satzungsgemäß sichergestellt wird. **Das Reich wird** also die Beteiligung an der Wohlfahrtshilfe davon abhängig machen, daß Haushalt-, Kassen- und Rechnungsordnungen aufgestellt werden. Dadurch erhält das Reich die Kontrolle über die Finanzwirtschaft der Gemeinden.

Arbeitsbeschaffung

Der Teil der Notverordnung, der sich auf die Arbeitsbeschaffung bezieht, enthält keine positiven Angaben. Es wird viel von der Arbeitsdienstpflicht gesprochen, für die 20 Millionen Mark in den Etat eingesetzt sind. Im übrigen ist die Rede von Hausreparaturen, Straßen- und Wasserbauten, ohne daß man erfährt, was die Regierung nun eigentlich will und wie sie sich die Finanzierung vorstellt.

So wird regiert, wenn Hitler toleriert

Die Regierung der reaktionären preußischen Barone führt alle Befehle pünktlich durch, die ihr vom deutschen Großunternehmertum, von den Agrariern und von den politischen Landsknechten dieser Ausbeuterschichten, den Nazis, erteilt werden. In ihrer famosen ersten Regierungserklärung wurde der deutschen Arbeiterbevölkerung der Hohn ins Gesicht geschleudert, der Staat sei ein Wohlfahrtsstaat geworden. In jahrzehntelanger, mühevoller Arbeit, an der die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften den weitaus hervorragendsten Anteil haben, ist in Deutschland für die Arbeiter ein sozialer Schutz eingeführt worden, der, wenn er auch noch nicht allen berechtigten Ansprüchen genügte, doch immerhin eine sehr beachtliche Höhe erreichte, ein Arbeiterschutz, der sich aufs vorteilhafteste für Staat und Volk ausgewirkt hat. Die von den Nationalsozialisten tolerierte und im geheimen als Wegbereiterin unterstützte Regierung der Barone ist nun dabei, diesen „Wohlfahrtsstaat" gründlich zu zerschlagen und dafür eine Elendsanstalt nach dem Herzen und nach dem Wunsche Hitlers, der Großindustriellen und Großagrarier zu errichten. Durch die einfach ganz ungeheuerlichen Senkungen der Sozialleistungen und durch Steuererhöhungen werden den breiten Massen rund 1500 Millionen Mark neue Lasten auferlegt, während die Besitzenden in nicht minder ungeheuerlicher Weise geschont werden. Es kostet schon einige Mühe, um aus der neuen Notverordnung herauszurechnen, daß die Besitzenden in der neuen Notverordnung mit insgesamt 54 Millionen Mark Mehrbelastung zur Krisensteuer herangezogen werden.

Die neue Notverordnung trägt einen derart sozialreaktionären Charakter, daß auch die Parteien der Rechten ein bißchen besorgt wegen der Wirkung sind, die sie auf die breiten Massen ausüben wird. Es wird also in den nächsten Tagen und Wochen ein gigantischer nationalsozialistischer Wahlschwindel einsetzen, um dem Volke vorzulügen, die Nazis seien ganz unschuldig an all diesen Dingen und im übrigen hätten die Marxisten und das Kabinett Brüning die ganze Sache verschuldet.

Einmal haben die „Marxisten" seit Jahren keine Steuerpolitik im Reich gemacht; des andern hat das Kabinett Brüning eine Finanzwirtschaft hinterlassen, die durchaus gesund war. Das Kabinett Brüning kann für sich in Anspruch nehmen, daß es im Laufe des verflossenen Etatsjahres ohne Defizit gewirtschaftet hat. Sicher ist aber eine Finanzklemme im Reich entstanden. Das Reich kommt mit seinen Einnahmen nicht aus. Aber das ist kein marxistischer Zustand und nicht seit heute und morgen. Dieser Zustand begann in dem Augenblick, wo die von den Rechtskreisen beeinflußten bürgerlichen Regierungen im Reich mit den Steuergrundsätzen der marxistischen Sozialdemokraten brachen, als man im Reiche anfing, Besitz, Vermögen und hohe Einkommen mit neuen Steuern verschonen und von alten Steuern zu entlasten. Als man damit begann, die notwendig werdenden Lasten auf die arme breite Bevölkerung abzuwälzen. Als man den Großen gab und bei den Kleinen nahm. Daß diese Raubpolitik unglücklich auslaufen mußte, versteht sich wohl von selber. Indem man die Löhne und die Renten kürzte, die Massensteuern aber erhöhte, drosselte man die Kaufkraft. Die breite Masse, die für das Geschäftsleben ausschlaggebend ist, konnte immer weniger kaufen. Die Umsätze verringerten sich, Belastung und Abgaben aber wuchsen. Das Heer der Arbeitslosen schwoll an und so gab es immer weniger Leute, die in Wirklichkeit noch Steuern zahlen konnten. Die breite Masse mußte durch die Steuerpolitik ausgepowert werden. So sanken auch die Einnahmen des Staates weiter. Und immer wieder wurden, um den Steuerausfall auszugleichen, die breiten Massen weiter belastet. So und nicht anders haben sich die Dinge entwickelt. So sind die leeren Kassen im Reiche entstanden. So geriet das Reich in die Finanzklemme.

Und die von Deutschnationalen und Nationalsozialisten gestützte Regierung von Papen dreht die Unglücksschraube ohne Ende weiter. Gerade als ob man noch nicht genug Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt hätte. Daß das Reich neue Steuern machen muß, damit Millionen von Arbeitslosen und Invaliden, von Witwen und Waisen und Rentnern nicht verhungern, versteht sich wohl von selbst. Es ist überflüssig, das zu wiederholen. Kommt alles darauf an, wie diese Steuern gemacht werden. Finanz- und wirtschaftspolitisch wäre es richtig, wenn man die hohen Einkommen und die großen Vermögen belasten würde. Sicherlich, den deutschen industriellen Unternehmungen geht es nicht so blendend und so glänzend wie in der Zeit der Hochkonjunktur. Es gibt noch hohe Einkommen in Deutschland und große Vermögen. Wir müssen leider feststellen, daß es die deutschen Industrieprominenten meisterlich verstanden haben, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Sie haben sich und ihr Vermögen gerettet. Betriebe und Arbeiterschaft waren dabei gleichgültig. Was wäre dabei, wenn diese Kohlenbarone, Schlotjunker und Industrieherzöge jetzt, wo das Reich in der Finanzklemme ist, ihr Scherflein auf den Tisch des Hauses legten? Sie können es vertragen. Sie können zahlen!

Die Beschäftigtensteuer, gegen die die Hugenbergianer und die Nazis noch vor einigen Tagen Himmel und Hölle in Bewegung setzten, taucht in verschärfter und fürchterlich unsozialer Form wieder auf. Die Versprechungen der Nazis, daß eine andere Regierung „alles anders" machen und „keine Steuern mehr notverordnen" werde?

Die Armen sollen wieder bluten. Aber was ist da noch zu bluten. Die Massen sind schon seit langem ausgepowert. Neue Steuern — — ja, das sind Röhren, die man an einen leeren Brunnen setzt. Da kann man pumpen, aber es kommt kein Wasser. Die Massen sind ausgepowert. Sie werden auch bald am Ende ihrer Geduld sein.

•

Als seiner Zeit das Kabinett Brüning die Beschäftigtensteuer notverordnete, schrieb die Badische Presse in großen Lettern: Die Arbeit wird besteuert! Angesichts der nunmehr ungeheuerlichen Notverordnung der preußischen Baronsregierung, findet die Badische Presse, dieses politisch charakterlose Papier, kein Wort des Protestes. Die neue Notverordnung richtet sich ja ausschließlich gegen die Arbeiter, Angestellten und trifft auch in ihren Wirkungen den gesamten geschäftlichen und gewerblichen Mittelstand, da ziemt es sich für das Thiergartenpapier nicht, ein Wort des Protestes zu sagen. Und das Karlsruher Tagblatt bringt es sogar fertig, heute morgen seinen Lesern in den Schlagzeilen den Charakter der Notverordnung so darzustellen, als ob die Arbeitslosen noch dankbar dafür sein müßten, ebenso die Gemeinden. Die Haltung dieser beiden Gazetten soll hiermit öffentlich festgestellt und angenagelt werden.

Naziprolet und Notverordnung

Du glaubtest an die neue Tour,
Du wolltest andre Töne hören!
Doch Papen auch verordnet nur:
Du sollst entbehren, sollst entbehren!

War das der Sinn der Kläfferei?
Prolet, wie wird dir denn zumute,
Nun deine Hakenkreuzpartei
Erst recht jetzt schwingt die Hungerkrute!

Bei Brüning tobte das Gebrüll.
Das Gift quoll aus den braunen Häusern.
Warum ist Hitler jetzt so still?
Will er sich nicht entsprechend äußern?

Was man hier spielt; hast du's durchschaut?
Du wirst's schon eines Tages entdecken.
. . . Dann möcht ich bloß nicht in der Haut
Der braunen Hitlerbonzen stecken. Hans Bauer.

Hochpolitische Genfer Tage

Wo bleibt das Geschrei der Nationalsozialisten, den Versailler Vertrag zu zerreißen?

Seit der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frick dem Genossen Breitscheid mitgeteilt hat, daß er den sozialdemokratischen Antrag auf **Einberufung des Auswärtigen Ausschusses** zunächst dem Außenminister Dr. Neurath unterbreitet habe, hat man nichts mehr von der Sache gehört. Inzwischen ist der Termin der **Lausanner Konferenz** herangekommen und so besteht **keine Aussicht** mehr, daß **der Ausschuß vor der Konferenz** über die reparationspolitischen Gedanken und Absichten der Regierung Papen unterrichtet wird. Die Nationalsozialisten, die sonst immer so sehr weiterten, sind auf einmal sehr still mit ihren außenpolitischen **„Zerreißungs"-forderungen** geworden.

Stellen wir nun diesen **Verzicht auf eine Aussprache** vor dem Ausschuß mit der Dürftigkeit und Verschwommenheit der Wendungen zusammen, die das sogenannte Regierungsprogramm über die auswärtige Politik enthielt, so haben wir wohl eine Erklärung für die bemerkenswerten Auffassungen, die ein Teil der Pariser Presse von den Ideen und Plänen der neuen Männer in Deutschland hegt. Ihre Schweigsamkeit wird in Frankreich als **Bereitwilligkeit zum Nachgeben** aufgefaßt und das Pariser Journal beispielsweise glaubt sicher sein zu dürfen, daß die Taktik der deutschen Unterhändler in Lausanne **nicht mehr so starr** sein werde, wie unter Brüning und daß der Reichskanzler Dr. Papen sich nur an die Realitäten hält und mit dem Erreichbaren sich **zufrieden geben** wird.

Ob die Franzosen mit dieser Einschätzung des derzeitigen Reichskanzlers recht haben, wird sich bald herausstellen. Aber wir müssen schon sagen: Es spricht manches dafür, daß Herr v. Papen weit davon entfernt ist, in Lausanne den starken Mann spielen zu wollen. Er möchte sich doch sein bekanntes außenpolitisches Konzept sicher nicht verderben.

Gespannt dürfen wir aber darauf sein, wie sich die **Nationalsozialisten** zu der größeren Geschmeidigkeit der von ihnen tolerierten Regierung stellen werden. Der „starre" Brüning war ihnen doch bei weitem nicht starr genug. Werden sie nun Herrn v. Papen einen **Landesverräter** schelten, wenn er nach Hause zurückkehrt, ohne sich — um mit Hitler zu reden — zu einer endgültigen aktiven Auseinandersetzung mit Frankreich zusammengerafft zu haben? Oder ist in ihren Augen alles, was die Barone der nationalen Konzentration tun, oder unterlassen, von vornherein **über jeden nationalen Zweifel** erhaben?

Vor privaten Besprechungen zur Rüstungskonferenz

Genf, 14. Juni (Eig. Draht). Die am Dienstag nachmittag abgehaltene Sitzung des Büros der **Rüstungskonferenz** gipfelte in dem **Beschluß**, die Beratungen der Generalkommission erst wieder aufzunehmen, wenn aus den **privaten Besprechungen der Staatsmänner** Grundlagen für die neuen politischen Beschlüsse **hervorgegangen** seien.

Man rechnet allgemein damit, daß die Wiederaufnahme wohl im Laufe der nächsten Woche erfolgen könne, nachdem die Konferenzarbeit von Lausanne vorübergehend auf die Sachverständigenausschüsse übergegangen sein wird.

Betont wurde die Wichtigkeit der heutigen Sitzung schon durch die Anwesenheit der Delegationsführer. Für Deutschland nahm Nadolny teil, für Frankreich Herriot und Paul-Boncour, für England Sir John Simons, für Amerika Gibson, für Italien Grandi, für Belgien Hymans und de Broquere, für Rußland Lunartscharski und für Spanien Madariaga.

Der Vorsitzende Henderson gab zunächst einen Bericht über die Kommissionsarbeiten, deren Prüfung erst möglich sei, wenn die **privaten Besprechungen Ergebnisse** erzielt hätten.

Eine Anregung **Paul-Boncours**, das einzige positive Ergebnis der Kommissionen, nämlich den Vorschlag der Abschaffung der chemischen Kriegsmittel sofort in Angriff zu nehmen für die Einarbeitung in die Abrüstungskonvention, mußte Henderson mit dem Hinweis zurückstellen, daß ein deutscher Antrag vorliege, der zuerst in der Generalkommission beraten werden müsse.

Nadolny, der diesen Antrag bereits gestern den Delegierten von Italien, England und Rußland übergeben hatte, erklärte sich mit der von Henderson vorgeschlagenen Arbeitsmethode einverstanden.

*

Deutsche Delegation nach Lausanne abgereist

Berlin, 14. Juni. Die deutsche Delegation für die Lausanner Konferenz ist heute abend mit dem fahrplanmäßigen F-D-Zug abgereist. Die Delegation, die von Reichskanzler v. Papen geführt wird, setzt sich zusammen aus dem Außenminister Freiherr v. Neurath, Finanzminister Graf Schwerin v. Krosigk, Wirtschaftsminister Dr. Warmbold, den Staatssekretären v. Bülow, Trendelenburg und Dr. Zarden sowie den Ministerialdirektoren Ritter, Gaus und dem Pressechef der Reichsregierung Dr. v. Kaufmann.

Die Gewerkschaften zur Lage

CNB. **Berlin**, 14. Juni. Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB.) trat heute zu seiner siebenten Tagung in Berlin zusammen. **Leipart** berichtete über die Beratungen der Spitzenorganisationen mit dem Kabinett. Wie er darlegte, werden die **Gewerkschaften ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm** auch gegenüber der neuen Regierung mit der gleichen Entschiedenheit vertreten, mit der sie sich auch weiterhin für die Arbeitszeitverkürzung einsetzen wollen. Der bevorstehende **Reichstagswahlkampf** werde mit größerer Heftigkeit geführt werden, als je ein Wahlkampf zuvor, denn es handle sich um einen **Schicksalskampf der deutschen Arbeiterschaft** und die Errungenschaften von Jahrzehnten stünden auf dem Spiele. Die **kommunistische Opposition** und der Parteivorstand der **SAP.** hätten an den Bundesvorstand Einladungen zur Errichtung der „Einheitsfront der Arbeiterschaft" gerichtet, der Vorstand des ADGB. sei jedoch der Auffassung, daß diese Gruppen am **wenigsten** berechtigt seien, nach „Einheitsfront" zu rufen.

Endlich noch eine neue Partei

Die neue bürgerliche Partei, die sich **Deutsche Nationalpartei** nennen will, obwohl sie von dem treffenden Namen **Schleicherpartei** nicht loskommen wird, hatte auf die Persönlichkeit des Luftschiffführers Dr. Hugo Eckener gerechnet. Dr. Eckener hat jedoch am Dienstag eine telegraphische Absage nach Berlin gelangen lassen. Er ist auf der Gründungsversammlung am Dienstag abend nicht erschienen.

Austritt aus der NSDAP

DZ. **Neustadt a. d. H., 14. Juni. Stadtrat Dr. Webler ist aus der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion ausgeschieden.**

Ein echter verlogener Nazi

Köln, 14. Juni. (Eig. Draht.) Ein Verleumder ist der neugebackene nationalsozialistische Landtagsabgeordnete **Baron Elz von Rübenach** (ein Neffe des Reichsverkehrsministers und Postministers in der Regierung der Nazibarone) aus Wahn bei Köln. Obwohl schon vorige Woche festgestellt wurde, daß Otto Braun sich in Berlin befindet und die Reichshauptstadt noch keine Stunde verlassen hat, wiederholte Baron Elz von Rübenach in einer nationalsozialistischen Versammlung am Montag abend in Köln die dreiste Lüge, Braun habe Berlin verlassen. Man wisse nur nicht, wo er wäre. In der Schweiz? In Holland? Man wisse auch nicht, wieviel er mitgenommen habe.

Die Parteien im Rundfunk

Am heutigen Mittwoch erscheint der neue Erlaß des Reichsinnenministers Freiherrn v. Gayl über die Benutzung des Rundfunks durch die Parteien im Reichstags-Wahlkampf. Der Rundfunk wird jeder Partei, die im letzten Reichstag Fraktionsstärke besaß, für 25 Minuten zur Verfügung gestellt. Die Reden sollen an den sechs Wochentagen vor der Wahl gehalten werden. Die Reihenfolge der Reden wird folgendermaßen bestimmt: Zuerst spricht von den sich anmeldenden Fraktionen die schwächste, zum Schluß die stärkste Fraktion. Das Schlußwort am Samstag vor der Wahl am 30. Juli erhält daher die Sozialdemokratische Fraktion. Das Manuskript muß sechs Tage vorher eingereicht werden.

Erhöhung der schweizerischen Zollzuschläge auf Gerste, Malz und Bier

Bern, 14. Juni. Der Bundesrat genehmigte gestern einen Bundesbeschluß über die Erhöhung der Zollzuschläge auf Gerste, Malz und Bier.

Holzzollerhöhung in Deutschland

CNB. **Berlin**, 14. Juni. Im Deutschen Reichsanzeiger wird eine mit dem 1. Juli 1932 in Kraft tretende Verordnung veröffentlicht, nach der auf Grund der der Regierung erteilten Zollermächtigung vom 9. März 1932 die Zollsätze für Holz erhöht werden.

Ein Parlament der Verbraucher

29. Deutscher Konsumgenossenschaftstag

Der 29. ordentliche Genossenschaftstag des **Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften** wurde in Jena abgehalten. Er stand, wie alle derartigen wirtschaftlichen Veranstaltungen der Gegenwart, im Zeichen der Krise, was deshalb gegen bisher um einen Tag verkürzt, und der ganze Verlauf war so einfach wie möglich gehalten. So hatte man keine Einladungen an die befreundeten Organisationen des Auslandes geschickt. Zwei englische Vertreter waren ohnedies erschienen. Nur zu natürlich, daß die Sorgen der Konsumvereine beredten Ausdruck fanden, aber auch der feste, energische Wille, nicht den Mut und die Hoffnung zu verlieren, sondern „durchzuhalten", bis die Krise überwunden ist. Sind es doch die Konsumgenossenschaften, die den Weg zu neuen, vernünftigen Wirtschaftsformen zeigen. Zum Verzagtsein liegt kein Anlaß vor, da die Bewegung nach wie vor gesund und widerstandsfähig genug ist.

Die Eröffnungsrede des Vorsitzenden, Genossen Lorenz, Hamburg, gab einen Einblick in die gesamte wirtschaftliche Lage, von der man sich in der noch herrschenden kapitalistischen Wirtschaft ja nicht herausdenken kann, von der die Konsumvereine vielmehr ohne eigenes Verschulden in Mitleidenschaft gezogen sind. Diese Rede schon brachte eine Menge wichtiges Tatsachenmaterial darüber, wie es gegenwärtig in der Weltwirtschaft aussieht.

Die Begrüßungsreden der Gäste — Behörden, Gewerkschaften, befreundeten Organisationen — waren wie gewöhnlich durchaus freundlich gehalten. Man muß nur immer wieder wünschen, daß aus so schönen Worten an den Stellen, die es angeht, entsprechende Schlüsse gezogen werden. Sehr treffend wies Schulze, Berlin, im Namen aller Gewerkschaften darauf hin, daß sie „auf Gedeih und Verderb" mit den Konsumgenossenschaften verbunden seien.

Fast zu allen wichtigeren Punkten der Tagesordnung nahmen auch Kommunisten das Wort, ohne irgendwelchen Eindruck zu machen, da sie sich noch immer nicht sachlicher Kritik befleißigten, sondern weit abseits von der Sache liegende parteipolitische Tiraden losließen. Der an die Delegierten vor dem Lokal verteilte Genossenschafter strotzte von Beschimpfungen, Verleumdungen und Lügen gegen die „reformistischen" Konsumvereinsleitungen.

Das erste Referat über

die Entwicklung des Zentralverbandes

hielt **Klepzig**, Hamburg. Er erörterte die Lage im einzelnen und konnte die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß im allgemeinen die Mitglieder ihren Genossenschaften die Treue hielten. Man darf hoffen, daß das so bleibt. Der Rückgang des Umsatzes und in geringem Maße der Mitglieder erklärt sich aus den Verhältnissen. **Die Konsumvereine beruhen auf gesunder Geldwirtschaft, und sie wahren ihre Unabhängigkeit.** Deshalb sind sie ein wichtiges Glied der Volkswirtschaft im allgemeinen. In einer Gemeinwirtschaft, die sie als Vorbilder anstreben, wird es keine Krisen und keine Arbeitslosigkeit mehr geben. Eingehend wurde auch das jetzt besonders tolle Treiben der Gegner gekennzeichnet. So behaupten sie z. B., daß die Konsumvereine Gegner der Landwirtschaft wären. Umgedreht ist es richtig und ganz natürlich. **So hat die GEG. im Jahre 1931 für rund 125 Millionen Mark Waren von landwirtschaftlichen Genossenschaften bezogen.** Das Verhältnis könnte noch viel besser sein, wenn die politische Interessenvertretung der **Landwirtschaft** diese Bemühungen fördern würde, statt es in gehässigster Weise zu bekämpfen.

Wirksam ergänzt wurden diese Ausführungen durch einen Vortrag von **Bästlein**, Hamburg über wirtschaftliche Angelegenheiten. Besonders die ungleiche Behandlung der Konsumvereine gegenüber anderen wirtschaftlichen Organisationen wurde eingehend besprochen. Auf dem Gebiete der **Besteuerung** tritt das stark in Erscheinung. Das noch immer kursierende Märchen von der „Steuerbegünstigung" wird durch den Umstand illustriert, daß die **Vereine des Zentralverbandes im vorigen Jahre 32,25 Millionen Mark Steuern zahlten.** Während die Konsumvereine die Rückvergütung versteuern müssen, bleibt der Rabatt der Kleinhändler steuerfrei. Neue Belastungen und Schikanen sind zu gewärtigen, wenn nächstes Jahr die Bestimmungen über Steuervereinheitlichung in Kraft treten.

Beide Vorträge fanden starken Beifall. In der **Debatte** sprachen einige Kommunisten im wesentlichen weit abseits vom Thema. **Fleißner**, Dresden, erörterte einige Vorgänge im Reichstag, kennzeichnete das Verhalten der Kommunisten und Nazis gegenüber den Konsumvereinen und das Bestreben der Wirtschaftspartei, die eine wahnwitzige Sonderumsatzsteuer auf dem Wege der Notverordnung fordert. Am Ende wurden gegen wenige Stimmen zwei Anträge angenommen, in denen die Gedankengänge der Vorträge wiedergegeben, Proteste und Forderungen entsprechend formuliert sind.

Sehr aufschlußreich und instruktiv war der Vortrag über **Notverordnungen** und die sich daraus ergebenden Steuer- und Wirtschaftsverhältnisse der **Konsumvereine**, den Dr. **Petersen**, Hamburg, der juristische Beamte des Zentralverbandes, hielt. Es lag in der Natur der Sache, daß sich auch diese Ausführungen gegen die in neuerer Zeit beliebte Art der Reichsgesetzgebung gestalteten, soweit die Konsumvereine davon berührt werden. Wiederum stellt sich heraus, daß man keinerlei Rücksicht auf **ihr besonderes soziales Wesen** nimmt, sondern sie über einen Kamm schert mit beliebigen privatwirtschaftlichen Profitbetrieben.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen berichtete **Klebzig** noch über internationale genossenschaftliche Angelegenheiten und Vorgänge im internationalen Genossenschaftsbund, die größte internationale Vereinigung der Welt, im letzten Jahre. Ob der im nächsten Jahre fällige internationale Genossenschaftstag, der in England sein soll, stattfinden kann, ist wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse fraglich. — Das genossenschaftliche Fortbildungswesen mußte nach einem kurzen Vortrag von W. **Hoff**, Hamburg, in Rücksicht auf die Notzeit wesentlich eingeschränkt werden.

Aus einigen Statutenänderungen ist als wichtigste die hervorzuheben, daß in Zukunft nur noch stimmberechtigte Vertreter an Genossenschaftstagen teilnehmen können. Durch Beschränkung der Zahl soll er verhandlungsfähiger und billiger gestaltet werden.

Von den drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern geht nächstens Aug. **Kasch** wegen Krankheit vorzeitig in Pension. Lorenz widmete seiner 20jährigen Tätigkeit Worte der Anerkennung und des Dankes. An Stelle Kaschs wurde **Adam Remmele**, Baden, gewählt. — An die Verhandlungen schlossen sich die Generalversammlungen der GEG. und der Verlagsanstalt des Zentralverbandes an.

H. F.

Grieser Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums

Berlin, 14. Juni. Ministerialdirektor Grieser ist zum Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums ernannt worden. Grieser ist der dienstälteste Ministerialdirektor des Reichsarbeitsministeriums.

Freistaat Baden

Landesfinanzgesetz im Haushaltausschuß genehmigt

Es werden die vorjährigen Steuern erhoben — Kürzung der Stellenzulagen um 25 Prozent ab 1. Juli 1932

Der **Haushaltausschuß des Badischen Landtags** hielt am 14. ds. Mts. seine vorläufig letzte Sitzung dieses Tagungsabschnittes ab. Zur Beratung stand unter anderem das **Finanzgesetz**. Hierüber berichtete Abg. **Rückert** (Soz.). Die fortdauernden Einnahmen wurden endgiltig auf 425 508 700 RM., die fortdauernden Ausgaben auf 431 041 100 RM. festgestellt, zu den fortdauernden Mehrausgaben mit 5 532 400 RM. treten aus früheren Jahren vorhergehende Mehrausgaben in Höhe von 1 387 400 RM., der endgiltige Fehlbetrag beträgt beträgt somit 6 919 800 RM., der effektiv aus früheren Haushalten noch herrührt.

An Steuern sind dieselben durch die Realsteuersenkung bereits gekürzten Sätze vorgesehen, wie sie zum Schluß des letzten Haushaltsjahres bestanden haben. Durch die Einführung der landwirtschaftlichen Einheitssteuer auf Grund der Reichsnotverordnung vom 1. Dezember 1930 erleidet das Land Baden einen Ausfall an Einkommensteuer, wofür es vom Reich 643 000 RM. Ersatz erhält. Dieser wird nach dem Verteilungsverhältnis von 65 : 35 zwischen Land und Gemeinden verteilt. Der Gemeindeanteil wird dem Lastenausgleichstock zugewiesen. Zwischen der Landeshauptkasse und den Kassen der Gemeinden und Städte, Kreise usw. hat sich im Lauf der Zeit ein umfangreiches Verrechnungsverfahren entwickelt, das gegenseitige Zahlungen verschiedenster Art umfaßt. Im diesjährigen Finanzgesetz wurden erstmals klare gesetzliche Grundlagen geschaffen, zugleich auch Bestimmungen vorgesehen, die eine Entziehung der Zahlungsverpflichtungen durch Abtretung an Dritte verhindern sollen. Die Kreise haben ihre Dotationen bisher auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1891 vierteljährlich im voraus erhalten. Anpassend an die Staatshaushaltordnung wurde die monatliche Zahlung eingeführt. Ferner werden die Stellenzulagen mit Wirkung vom 1. Juli 1932 über die allgemeine Besoldungskürzung hinaus bis auf weiteres um 25 Prozent gekürzt. Außerdem wurde das Staatsministerium ermächtigt, die Zahl dieser Zulagen zu vermindern.

In dieser Fassung wurde der Gesetzentwurf mit 15 Stimmen gegen 2 Neinstimmen ohne Enthaltung angenommen.

Den Parteitagsdelegierten zur Beachtung

Diejenigen Parteitagsdelegierten, die so spät gewählt werden, daß eine rechtzeitige Meldung nach Mannheim nicht mehr möglich ist, erhalten ihre Mandatskarten im Parteitagslokal in Offenburg ausgestellt. Sie müssen zu diesem Zwecke eine Bescheinigung des Ortsvereinsvorstandes mitbringen, daß sie als Delegierte bestimmt worden sind.

Diejenigen Delegierten, die ihre Wahl nach Mannheim gemeldet haben, denen aber infolge zu später Meldung die Mandatskarte nicht mehr durch die Post zugestellt werden kann, finden ihr Mandat ebenfalls im Parteitagslokal in Offenburg vor.

Sämtliche Parteitagsdelegierte und Gäste müssen sich neben der Mandats- oder Gästekarte noch mit dem Mitgliedsbuch ausweisen. Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang mit der Mandats- oder Gastkarte abzugeben. Ohne Mitgliedsbuch kann weder Delegierten noch Gästen der Eintritt in den Saal gestattet werden.

Der Landesvorstand
Georg Reinbold.

„Süddeutscher Separatismus"

Eines der in politisch-moralischer Beziehung verworfensten Blätter, die uns jemals zu Gesicht gekommen sind, ist das Karlsruher Naziblatt Der Führer. Wir könnten diese Tatsache, wenn sie überhaupt noch eines Beweises bedürfte, täglich mit Zitaten aus den Spalten dieses Blattes belegen. Besondere politische Schamlosigkeiten verübt das Naziblatt seit einiger Zeit, indem es zuerst Führern des Zentrums, nunmehr aber auch solchen der Sozialdemokratie separatistische Tendenzen und Pläne in bewußt verleumderischer Absicht unterstellt. Wir haben gestern eine solche verleumderische Behauptung des Führer aus seiner Sonntagsausgabe gebührend gezeichnet; wir müssen heute das gleiche tun. In seiner Dienstagsausgabe wiederholt das Naziblatt nicht nur seine Verleumdungen, sondern es bringt die Lumperei auf, zu behaupten, es seien im Süden des Reichs dunkle Kräfte am Werk, die das Reich zerschlagen wollen, und es nennt in diesem Zusammenhange die Presse der Sozialdemokratie und des Zentrums; in allerdings vorsichtigerer Weise bringt es auch die drei süddeutschen Ministerpräsidenten mit in die Wurflinie der nationalistischen Dreckschleuder. Das Naziblatt spricht von einem katholischen Südstaat, der um das Wohlwollen des ebenfalls katholischen Frankreich sich bewerbe, und was dergleichen infame Verleumdungen mehr sind, wie sie eben nur in den Kaschemmen der Nazis fabriziert werden können. Und damit die gläubigen Naziseelen zum „kochen" gebracht werden können, wird an die Mordlust der SA. und SS. appelliert,

„die Abwehr seitens der Bevölkerung nicht nur mit dem Stimmzettel oder mit parlamentarischen Reden oder papierenen Protestaktionen einsetzen wird, sondern mit Pulver und Blei, mit Messer und Sense, mit Nägeln und Zähnen wird das süddeutsche Volk um das letzte kämpfen, das ihm von einem Deutschland der Macht und der Freiheit geblieben ist: um die Einheit des Reiches!"

Dem hysterisch veranlagten oder in politischer Beziehung auch schon geisteskrank gewordenen Nazipublikum wird also in absichtlich und bewußt verlogener und verleumderischer Absicht eingeredet, es sei schon solche Gefahr vorhanden, daß man an Pulver und Blei, an Messer und Sense denken müsse. Das ist schon mehr und schlimmer als „nur" Hetze, das ist systematische öffentliche Brunnenvergiftung.

Zum Schluß sagt das Naziblatt, dem Versuch, die Einheit des Reichs aufs Spiel zu setzen, würde niemand außer „notorischem Lumpengesindel" folgen. Auch unsere Meinung, aber solches Lumpengesindel hätte mit absoluter Bestimmtheit niemals etwas mit der Sozialdemokratie oder dem Zentrum zu tun gehabt. Eine Frage sei uns aber gestattet: weiß der Führer nicht, aus welch dunklen Löchern und übelsten Verstecken so mancher gekommen ist, der sich heute Kämpfer fürs Dritte Reich nennt?

Wenn in den anständigen politischen Kreisen Süddeutschlands Unruhe entstanden ist, und wenn gerade in Süddeutschland die Forderung laut wurde, gegen die bestimmten Absichten und Pläne der Baronsregierung von Hitlers Gnaden Front zu machen, so geschah das im wohlverstandenen Interesse des Reichs, das zu wahren die Sozialdemkoratie sich stets besonders angelegen hat sein lassen. In Süddeutschland war man stets reichstreuer als in manchen sehr maßgebenden altpreußischen Kreisen. Der alte Fürst Clodwig Hohenlohe, der einst Statthalter in Elsaß-Lothringen und später Reichskanzler war, schrieb einmal in sein Tagebuch:

„Wenn ich so unter den preußischen Exzellenzen sitze, so wird mir der Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland recht klar. Der süddeutsche Liberalismus kommt gegen die Junker nicht auf. Sie sind zu zahlreich, zu mächtig und haben das Königtum und die Armee auf ihrer Seite... Alle diese Herren pfeifen auf das Reich und würden es lieber heute als morgen aufgeben."

Der süddeutsche Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung, an dessen Reichstreue niemand mit Recht zweifeln kann, schildert durchaus richtig die Stimmung gerade in den verantwortungsbewußten süddeutschen Kreisen, die die Papenregierung in wenigen Tagen geschaffen hat, u. a. wie folgt:

„Eines ist gewiß: Derjenige, der dem Kabinett Papen den Gedanken eines **Vorgehens gegen Preußen** mittels eines **Reichskommissars** nahelegte, hat ihm einen Bärendienst erwiesen. Der Opposition ist damit eine Stärkung ihrer Position verschafft worden, für die sie nicht genug dankbar sein kann. Es wird aufs stärkste daraus Kapital geschlagen werden, vor allem in den süddeutschen Ländern. Die **bedauerliche Wirkung** des Planes und der Berliner Vorgänge überhaupt ist, daß wir nun glücklich die wieder viel schärfer akzentuierte **Mainlinie** haben. **Wie die Dinge liegen, sind heute tatsächlich wie einst die süddeutschen Länder gegenüber einer etwaigen Entwicklung in Preußen und dem, was von Berlin kommen kann, ein Hort der bürgerlichen Rechte und der Verfassung, zugleich auch ein Wall gegen die Gefahren, die von der Hitlerbewegung drohen, wenn sie in Berlin zur Macht gelangen sollte.** Angesichts der heutigen Lage ist es ein **wahres Glück**, daß die süddeutschen Regierungen fest entschlossen sind, dem politischen Radikalismus die Macht nicht auszuliefern. Keine Zeit seit dem Krieg hat in solchem Maß in Süddeutschland weit über die Kreise hinaus, die heute parteimäßig gegen das Kabinett Papen in Opposition stehen, den Gedanken der **staatlichen Selbständigkeit unserer Länder gestärkt** im Volk, und ihn als ein Gut schätzen gelehrt, das unbedingt verteidigt und festgehalten werden muß, wie die vergangenen wenigen Wochen und ihre Ereignisse."

Diese Stimmung in Süddeutschland hat aber mit Separatismus noch weniger zu tun, als die Nazipartei mit der Wahrheit und der Ehrlichkeit.

Wieder ein Fall Gumbel?

Richtigstellung einer Entstellung

Aus Heidelberg wird uns geschrieben:

Das Heidelberger Nationalsozialistische Blatt Die Volksgemeinschaft behauptet in seiner Nummer vom 11. Juni **Professor Gumbel**-Heidelberg habe in einer Versammlung der Sozialistischen Studentenschaft am 27. Mai wörtlich gesagt:

„Das Kriegerdenkmal des deutschen Soldaten ist für mich nicht eine leichtbekleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand sondern eine einzige große Kohlrübe."

Eine Reihe Blätter druckte diese Meldung nach. Tatsächlich hat jedoch Gumbel in einer **geschlossenen Versammlung** und in freier Rede dem Sinn nach etwa folgendes ausgeführt: In der Kriegszeit wurde **der Hunger** schließlich zu dem alles überragenden Gefühl. Die **Kohlrübe**, das Hauptnahrungsmittel ist vor allem für die Arbeiterschaft die **stärkste Erinnerung** an diese Zeit und daher ein Symbol für den ganzen Krieg. Heute aber versucht man den **Krieg zu verklären** und **durch kitschige Denkmäler** von der Art der leichtbekleideten Jungfrau mit der Siegespalme, welche **dieser furchtbaren Tragik nicht entsprechen**, als schön darzustellen.

Diesen Gedankengang faßt die obige, übrigens **vollkommen sinnleere Formulierung** in einer Weise zusammen, welche **Gumbel nicht zur Last gelegt** werden kann. Aber der Zweck wird erreicht. Man hat wieder Hetzstoff gegen Gumbel — auch wenn es auf **entstelltem Material** beruht.

Reichstagskandidaturen der SPD in Württemberg

In einer von starkem Kampfgeist getragenen Sitzung des Erweiterten **Landesvorstandes** der Sozialdemokratischen Partei Württemberg wurden die Vorbereitungen für den Reichstagswahlkampf getroffen. Das Hauptreferat hielt Reichstagsabgeordneter Roßmann. An seine Ausführungen schloß sich die Benennung der **Kandidaten.** Die fünf bisherigen Reichstagsabgeordneten stehen auch diesmal wieder an der Spitze der Liste, die nur wenige Veränderungen aufweist. Die Sozialdemokratie zieht also mit folgendem Wahlvorschlag in den Reichstagswahlkampf:

1. Keil Wilhelm, seither M. d. R., Ludwigsburg
2. Roßmann, Erich, seither M. d. R., Stuttgart
3. Schumacher, Dr. Kurt, seither M. d. R., Stuttgart
4. Hildenbrand, Karl, seither M. d. R., Berlin
5. Ulrich, Fritz, seither M. d. R., Heilbronn
6. Weimer, Jakob, Bezirksleiter, Stuttgart.

Die verkehrte Front.

von Papen: „Diese nationale Einheitsfront hatte ich gar nicht schaffen wollen ..."

Krankenkassentagung

36. Landesversammlung der Freien Vereinigung Badischer Krankenkassen

r. Heidelberg, 12. Juni.

In wirtschaftlich und politisch schwerster Zeit traten heute im Saale der „Harmonie" die Delegierten der badischen Krankenkassen zur Jahrestagung zusammen. Hat die Notverordnungspolitik der letzten Jahre schwere Eingriffe auf dem Gebiete der Sozialversicherung gebracht, und besonders auf dem Gebiete der Krankenversicherung viele Rückschläge zur Folge gehabt, so läßt die Tätigkeit der **neuen Reichsregierung** das Schlimmste befürchten. Zu den Einrichtungen des „Wohlfahrtsstaates" gehören auch die Krankenkassen. Auch ihnen gegenüber wird das Unternehmertum und dessen Beauftragte, die Junker und Barone, seine reaktionären Gelüste auslassen. Auch diese so glänzend aufgebaute Organisation zur Erhaltung der Gesundheit der Arbeiterschaft, zur Hilfe bei Krankheit, soll zerschlagen werden. Der Einfluß der Arbeiterschaft bei den deutschen Krankenkassen soll zurückgedrängt, wenn nicht gar ganz ausgeschaltet werden, die Leistungen der Kassen sollen noch weiter eingeschränkt werden. Gefahr ist im Verzuge! Mit ernster Sorge sehen die Krankenkassenvertreter in die Zukunft. Sie wollen sich das Erreichte nicht entreißen lassen. Der Verlauf der Tagung hat gezeigt, daß die verantwortlichen Führer der Kassen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich ihrer Aufgaben bewußt sind. Sie stehen solidarisch zusammen, um das Kassenwesen vor weiteren schädigenden Eingriffen und Abbaumaßnahmen zu behüten. An dieser Solidarität wird der Kampf der Reaktion seine Grenze finden.

*

Schlossermeister **Blum**-Karlsruhe begrüßt die Versammlung mit herzlichen Worten; er gedenkt der Toten, zu deren Ehren sich die Anwesenden von ihren Sitzen erheben und hat freundliche Glückwünsche für die Jubilare. — Direktor **Kastenholz**-Mannheim übermittelt die Grüße des Innenministeriums, Bürgermeister **Wieland** entbietet den Willkommengruß der Stadtverwaltung Heidelberg.

In der Tagesordnung gibt zum ersten Punkt der Geschäftsführer der Vereinigung, Landtagsabgeordneter **Graf**-Pforzheim den

Geschäfts- und Kassenbericht

Zu dem gedruckt vorliegenden Bericht macht der Redner noch mündliche Ergänzungen. Seit Fertigstellung des Berichts hat sich die Lage der Wirtschaft wesentlich verschlechtert. Die Schwierigkeiten der Kassen werden immer größer. Viele Beiträge können nicht mehr beibetrieben werden. Viele Arbeitgeber versuchen, sich geradezu der Beitragspflicht mit unlautersten Mitteln zu entziehen. Die Gerichte müssen mit strengen Strafen vorgehen. Der Redner weist energisch die Bemerkungen des **badischen Spargutachtens** zurück. Wenn man solche Behauptungen aufstellen will, müßte man zuerst bei den zuständigen Stellen sich erkundigen und nicht sich einfach Schlagwörter aneignen.

Immer noch wird in gewissen Kreisen das Märchen verbreitet, die Kranenkassen hätten einen **Verwaltungsaufwand** von 40 bis 60 Prozent. Solche Behauptungen müssen entschieden **zurückgewiesen** werden. Wir haben in den Krankenkassenverwaltungen nichts zu scheuen und zu verheimlichen. An den Zahlen des Berichtes kann sich Jedermann ein Bild machen. Große Sorgen machen uns die **Verpflegungssätze der Krankenhäuser.** Es ist schwer, zu bindenden Abmachungen zu kommen. Die Verhandlungen gingen bis jetzt immer resultatlos auseinander. Nur mit dem Unterrichtsministerium kam es zu einer bindenden Abmachung bezüglich der Universitätskliniken. **Es wird fraglich sein, ob es möglich wird, überhaupt noch Krankenhauspflege zu gewähren.**

Die **Notverordnung** vom Dezember 1930 hat einen **Abbau der** Mehrleistungen gebracht. Aber über den Begriff der Mehrleistungen wurde keine eindeutige Definition gegeben. Es entstanden viele Streitigkeiten. Besser wäre es, wenn solche Bestimmungen so abgefaßt würden, daß man technisch etwas mit ihnen anfangen kann. Jetzt gibt es erst ganz gewagte Auslegungen. In der Frage der **Angestellten** besteht in der Oeffentlichkeit auch ein falsches Bild. Soweit eine Reformbedürftigkeit nötig ist, muß sie vom Hauptvorstand im Benehmen mit den Angestelltenorganisationen durchgeführt werden. Die Verhandlungen im Lande wurden sachlich geführt. Durch die **Arbeitslosenversicherung** wurde eine weitere schwere Belastung der Kassen herbeigeführt. Wir müssen den Prügelknaben machen. Einige Kassen müssen den **Mehraufwand** für die Arbeit selber tragen, der Verwaltungsaufwand **wird** dadurch weiter erhöht. Das Reichsversorgungsamt bringt eine ungeheure bürokratische Mehrarbeit. Auch hier wäre Zeit, abzubauen. Die Verwaltung kommt teurer, wie wenn gelegentlich einmal zu Unrecht eine Rente bewilligt würde.

Die Zukunft liegt dunkel vor uns! Wir wissen nicht, was die Gesetzgebung der nächsten Zeit bringen wird, ob die Wirtschaft nicht noch mehr in Not gerät und für die Kassen noch mehr Belastung bringt.

Die Selbstverwaltung hat sich bewährt.

Man sollte keine Experimente auf gesetzgeberischem Gebiete machen. Die Krankenversicherung wäre noch leistungsfähiger, wenn sie nicht mit der Arbeitslosenversicherung verquickt worden wäre. Wir wollen auch in dieser Stunde den Ruf erheben: **Die Krankenversicherung muß erhalten werden. Aber die Sachleistungen müssen gesenkt werden.** Die Leistungen müssen mit den Beiträgen in Einklang gebracht werden. Sonst kommen wir zurück zur **Armeleutekasse.** Die Regierung möge dafür sorgen, daß die Kosten der Sachleistungen geringer werden, nicht nur, daß die Einnahmen geringer werden. Wir müssen **Solidarität** halten, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer! Wir sind die Treuhänder der Krankenkassenversicherung. Zum Schlusse dankt der Redner für die Mitarbeit, die er bei den Kassen allenthalben gefunden. Wir müssen zusammenhalten, um die **populärste** Einrichtung der deutschen Sozialgesetzgebung, die Krankenversicherung, zu erhalten. — Der Vorsitzende dankte unter dem Beifall der Versammlung dem Geschäftsführer für den guten Bericht.

In der **Aussprache** bespricht **Ostermaier**-Freiburg die Sachleistungen der Kassen. Die Krankenkassen haben durch die Arbeit für die Arbeitslosenunterstützung große Mehrausgaben. — **Köhler**-Ladenburg frägt, ob hinsichtlich der Wohlfahrtsempfänger von den Kassen schon etwas getan worden sei. Man solle diesen Aermsten der Armen nicht die sozialen Guttaten entziehen. — Geschäftsführer **Graf** antwortet, daß es nach dem Gesetz möglich ist, daß die Gemeinden mit den Kassen einen Vertrag abschließen zur Betreuung der Fürsorgeempfänger. Es ist in dieser Frage bereits eine Mustersatzung herausgegeben worden.

Zum **Kassenbericht** macht Geschäftsführer **Graf** einige kurze Ausführungen, worauf dem Vorstand **einstimmig Entlastung** erteilt wird. Zum

Voranschlag für das Jahr 1932,

der gedruckt vorliegt, bemerkt der Geschäftsführer, daß der Sitz des Verbandes nach **Mannheim**, bisher Pforzheim, verlegt werden soll. Der Vorstand hat dem Vorschlag bereits zugestimmt. Die Sitzverlegung werde eine Erleichterung des Betriebs bringen und hat sonst verschiedene Vorteile. Der Verbandsbeitrag soll um 25 Prozent gesenkt werden. Es kann eine weitere Senkung im nächsten Jahre möglich sein. — **Mellert**-Rastatt tritt für Karlsruhe als Vorort ein, als dem Sitz der Behörden. — Nach kurzer Debatte, an der sich Geschäftsführer **Graf, Sigmund**-Karlsruhe und Dr. **Heinsheimer**-Karlsruhe beteiligen, wird der Antrag betr. Karlsruhe zurückgezogen. — Der **Voranschlag 1932 wird sodann einstimmig genehmigt.** Der Sitz der Vereinigung ist also nunmehr **Mannheim.**

Als nächster Tagungsort wird **Pforzheim** gewählt.

Anträge zur Tagung liegen nicht vor. — Zum letzten Punkt der Tagesordnung

der neue kassenärztliche Mantel- und Gesamtvertrag für Baden

spricht Geschäftsführer **Graf.** Die Verträge in Baden müssen den neuen gesetzlichen Bestimmungen angepaßt werden. Die neue kassenärztliche Vereinigung erhält Körperschaftsrechte. In Baden sind sofort nach Erscheinen des Gesetzes die nötige Vorbereitungen zu treffen. Baden hat schon lange einen Zentralvertrag und hat dadurch ein Musterbeispiel gegeben. Wir wollen in Baden einen Rückschritt verhindern und haben deshalb den Zentralvertrag mit dem Mantelvertrag vereinigt. Die seitherigen zentralen Verhältnisse haben sich für Baden gut bewährt. Jede Schematisierung ist vermieden. Es müssen Verhältnisse geschaffen werden, durch die **eine planmäßige Verteilung** der ärztlichen Zulassungen garantiert wird. Bezüglich der Röntgenbehandlung ist ein besonderer Sachverständigenausschuß zur Prüfung vorgesehen.

Die neuen Regelungen sehen einen **Regelbetrag** vor. Ein einheitlicher Regelbetrag läßt sich für Baden bei den besonders gearteten Verhältnissen **nicht** durchführen. Doch können bestimmte Gruppen von Fachärzten zu einem einheitlichen Regelbetrag zusammengefaßt werden. **Die Regelbeträge müssen örtlich festgesetzt werden.** Daneben werden schon **neue Arzneiverordnungsvorschriften** erlassen werden. Die Vorschriften sollen den Arzt nicht zu sehr einengen; aber sie sollen ihn doch zwingen, wirtschaftlich zu verordnen. Die **Vergütung** ist gesetzlich geregelt. Die Kopfpauschale erhöht oder senkt sich je nach der Höhe des Grundlohnbetrages. Das Vergütungsabkommen sollte einfacher gestaltet werden. Man solle die Gebührenvergütung senken und die Kopfpauschale genau festsetzen. Ob das in Baden **allein** geregelt werden kann, ist zu bezweifeln. Es muß wohl das Schiedsgericht in Berlin entscheiden. Auch bezüglich der Verteilung der Arzhonorare müssen die Kassen einen Einblick bekommen. In Baden besteht ein Vertrags- und Einigungsausschuß. Es ist erreicht worden, daß das zentrale System beibehalten wird. Der neue Vertrag wird in der Durchführung viel Arbeit bringen, aber seine Einheitlichkeit für das ganze Land ist der große Vorteil. **Die Beziehungen zwischen Aerzten und Krankenkassen** sind nun in **eine neue Atmosphäre getreten**; die Streitaxt ist begraben. Es besteht nun ein Zusammenarbeit in einer Arbeitsgemeinschaft. Wir sind schicksalverbunden. Gegensätze können überwunden werden, wenn man mit gutem Geiste, mit dem Gedanken, die Krankenversicherung leistungsfähig zu erhalten, an ihre Ueberbrückung geht. — Die sachkundigen Darlegungen des Geschäftsführers Graf fanden lebhaften Beifall. Eine Aussprache wurde nicht beliebt. Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Vorsitzender Blum schloß mit dem Wunsche, daß die Krankenkassen erhalten bleiben mögen, die Tagung.

Eine Liebesheirat

Die Tochter eines amerikanischen Industriellen lernte auf ihrer Europareise vor zwei Jahren in **Berlin** einen jungen Mann kennen, der sehr viel vorstellte, der galanteste Gesellschafter war, aber nur das sehr bescheidene Einkommen eines Gelegenheitsschriftstellers besaß. Die junge Dame, von der der neue Verehrer nur Namen und Adresse kannte, verheimlichte ihm absichtlich die Tatsache ihres Reichtums. Der junge Mann wurde im Glauben gelassen, es mit einem vollkommen mittellosen Mädchen zu tun zu haben, das mit seinem letzten Gelde die Reise nach Europa gemacht hatte, um sich hier von Verwandten Geld zu erbitten. Die Amerikanerin wollte nicht um ihres Geldes willen geliebt werden. Als die beiden später bekannt gaben, die Ehe miteinander eingehen zu wollen, wußte jedermann, daß es sich hier um eine **reine Liebesheirat** handelte. Für die junge Frau war es der größte Spaß ihres Lebens, als sie sich nach der Hochzeit an dem Gedichte weiden konnte, das der junge Ehemann machte, als er erfuhr, über welches Vermögen er in Zukunft zu verfügen hatte.

Das Paar reiste dann nach **Neuyork.** Das Zusammenleben gestaltete sich glänzend. Größtes Aufsehen erregte es daher, als die junge Frau vor einigen Wochen plötzlich energisch auf die Scheidung der Ehe drang und ihrem Anwalt die Gründe für ihr Verhalten darlegte. Bekannte aus Deutschland hätten ihr, so erklärte sie, hinterbracht, daß ihr Mann zu der Zeit, da sie ihn kennen gelernt, **Angestellter eines Berliner Bankhauses** gewesen sei, bei dem sie ein Konto mit einem **beträchtlich hohen Guthaben** unterhalten hätte. Ihr Mann habe also von Anfang an Kenntnis davon gehabt, daß sie Vermögen besaß, und ihr die Tatsache seines Arbeitsverhältnisses zu der betreffenden Bank verheimlicht. Als Schriftsteller habe er sich nur nebenher betätigt. Es liege auf der Hand, daß er sie nur ihres Geldes wegen geheiratet habe, trotzdem er das jetzt nicht zugeben wolle.

Wird sich ein Richter finden, der diesem Problem gerecht zu werden vermag ?

Volkswirtschaft

Papenheimer Pech

Ausgerechnet Mussolini droht mit Handelskrieg

Die **Papenheimer** haben ganz entschieden Pech. Gerade ihnen droht der **Handelskrieg mit Italien.** Mit jenem Italien, für das doch Adolf Hitler so schwärmt, dessen Hilfe die Papenheimer für die Durchführung ihrer sozialreaktionären Ziele nicht entbehren können. **Mussolini** hat die deutsche Regierung wissen lassen, daß er nicht mit sich spassen lassen werde. Ohne Zweifel hat die Tagung des **Landwirtschaftsrates** am Samstag, auf der der Reichsernährungsminister neue Drosselungen der Einfuhr ankündigte, die **Drohung der italienischen Regierung** bestimmt, die dahin geht, daß **Italien die Einfuhr wichtiger deutscher Waren bzw. der deutschen Waren nach Italien überhaupt verbieten wird,** wenn Deutschland die Drosselungen der Einfuhr aus Italien fortgesetzt. Wir müssen sagen, die italienische Sprache läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Und mit der Steigerung des Respekts vor Deutschland, die ja **viele Hitlerwähler** von der Herrschaft des deutschen Faschismus erwarten, scheint es in Italien nicht weit her zu sein. Wir müssen feststellen, daß wir eine solche Sprache, solche **unverhüllte Drohungen** bisher in der Handelspolitik noch nicht gehört haben. Selbst nicht von England, das sich in seinem Handelskonflikt mit Deutschland (Kohleneinfuhr) noch auf eine gewisse wirtschaftliche Gerechtigkeit berufen konnte. Was das faschistische Italien nicht kann.

Leider ist der **Autarkierummel** der Deutschnationalen, des Reichslandbundes und der Nazis in Deutschland dazu angetan, die tatsächliche Grundlage gerade dem Ausland gegenüber, zu verschleiern. Was vielfach bei uns Wirtschaftsnotwendigkeit ist, die Drosselung einer unnötigen Einfuhr mit Rücksicht auf unsere Devisenlage, muß dem Auslande auf Grund des Geschwätzes von der Autarkie in Deutschland **aggressiv** und **grundsätzlich** erscheinen. Deutschland charakterisiert sich durch dieses Geschwätz als dasjenige Land, das den handelspolitischen Streit vom Zaun bricht. Wie man aber in den Wald hineinschreit, so schallts auch heraus.

Italien beruft sich darauf, daß seine **Handelsbilanz** mit Deutschland zugunsten Deutschlands aktiv ist. Die Italiener wären diejenigen, die zahlten. Wenn man nur die deutsch-italienische Handelsbilanz betrachten will, dann haben die Italiener schon recht. Aber es kommen noch andere Dinge hinzu. Berücksichtigt man den Fremdenverkehr im Anschluß an die Reparationen und Handelsbilanz, dann hat **Italien im Jahre 1927 fast 220 Millionen Mark mehr von Deutschland bekommen,** als es an Deutschland bezahlt hat. Im Jahre 1928 waren es über 100 Millionen und in den letzten Jahren wohl im Durchschnitt 40 Millionen.

Italien verdient zwar auch heute noch alljährlich an Deutschland rund 40 Millionen Mark. Das will schon etwas besagen und die **Sprache,** die sich der italienische Faschismus gegen Deutschland erlaubt, **ist verteufelt wenig angebracht.** Aber auch Mussolini scheint unsere Papenheimer zu kennen. Er weiß, was er **ihnen zumuten** kann. Das Ganze nennt sich dann **„Wahrung der nationalen Würde".**

Wohlfahrtslotterieziehung am 18. Juli

Die Lotterie der Erholungskinder kann noch nicht abgeschlossen werden.

Es wird uns geschrieben: Die wirtschaftlich ungünstige Zeit, vor allem auch die vielen politischen Probleme der Gegenwart haben es zur Ursache, daß die Badische Wohlfahrtslotterie „Wir wollen helfen!" ihren Ziehungstermin vom 15. Juni 1932 nicht einhalten kann. **Um der Kinder willen,** die in den nächsten Monaten Erholung und Gesundheit finden sollen, wird die Spielzeit um einen Monat verlängert. **Der neue Ziehungstag ist unwiderruflich und auf den 18. Juli 1932 festgesetzt.**

Den Vereinen und Unterorganisationen der in der Badischen Notgemeinschaft zusammengeschlossenen badischen Hauptverbände der freien Wohlfahrtspflege aller Konfessionen und Richtungen erwächst hierdurch erneut die Pflicht, sich durch Nach- und Neubestellungen von 50-Pfg.-Losen „Wir wollen helfen!" dafür einzusetzen, daß trotz aller Umstände der nächsten Wochen, die **letzten 50-Pfg.-Lose verkauft werden und das Werk der Kindererholung 1932 dann auch** praktisch durchgeführt werden kann.

Alle, die noch irgendwie zu helfen vermögen, werden herzlich gebeten, je nach Möglichkeit erneut solche 50-Pfg.-Lose zu bestellen bei der Wohlfahrtslotterie „Wir wollen helfen!" Karlsruhe, Friedrichsplatz 7, Postscheckkonto 360.

Den Kindern zu helfen, muß aller gutdenkenden Menschen Verpflichtung sein.

Aus aller Welt

Selbstmord eines Mitglieds des Preußischen Staatsrates

WTB **Berlin,** 14. Juni. Im Gebäude des Preußischen Staatsrats hat sich auf der Toilette ein Mitglied des Preußischen Staatsrats heute abend aus bisher noch unaufgeklärten Gründen erschossen.

Bertrams Flugzeug gefunden?

WTB. **Wondham,** 14. Juni. In der Nähe der Drysdale-Missionsstation wurde ein deutsches Wasserflugzeug gefunden. Bei dem Apparat wurde eine Notiz entdeckt des Inhalts, daß die Flieger in den Busch gewandert seien. Es handelt sich offenbar um das Flugzeug des vermißten Ozeanfliegers Bertram.

Großbrand in Krauchenwies

WTB. **Sigmaringen,** 14. Juni. Bei einem Großbrand des **Dampfsägewerkes Ettlinger u. Weber,** Mannheim, in Krauchenwies ist als Brandursache einwandfrei **Brandstiftung** festgestellt worden. Das Feuer entstand gleichzeitig an zwei verschiedenen Stellen des Werkes. Während es in der Sägerei gelang, den Brandherd mit einem Feuerlöschapparat zu ersticken, ertönte aus dem Schnittholzlager Feueralarm. Innerhalb weniger Augenblicke schlugen die Flammen hoch, so daß an ein **Löschen durch die Belegschaft nicht zu denken** war. An der ersten Brandlegungsstelle wurde eine Zelluloidschachtel gefunden, in der Nähe lagen ein Paar Glacéhandschuhe. In der Zelluloidschachtel befand sich ein erloschener Kerzenstumpf. Beim Schnittholzlagerplatz, der dem Feuer vollständig zum Opfer gefallen ist, wurde eine Flasche mit Schellackpolitur, eine Mischung von Schellack und Spiritus, die außerordentlich leicht brennbar ist, gefunden. Man hofft mit den gefundenen Gegenständen Handhaben erhalten zu haben, die zur **Ermittlung des Täters** dienen können. Der Brandplatz selbst bildet ein trostloses Feld glimmender Aschenhaufen. Das Schnittholzlager von etwa 9000 Kubikmeter ist vollständig eingeäschert. Ebenso ist das Maschinenhaus und der Trockenraum, dessen Erstellung noch vor einigen Jahren wieder 50 000 RM. verschlungen hatte, vollständig eingeäschert worden. Der Gesamtschaden beträgt mindestens eine **halbe Million RM.** Die Wohn- und Verwaltungsgebäulichkeiten, sowie das eigentliche Sägewerk und das Bündelholzlager konnten gerettet werden, weil es gelang, den dortigen Brandherd im Keime zu ersticken.

Zugsentgleisung bei Corbetha

Die Reichsbahndirektion Halle teilt mit: Am 13. Juni um 18.17 Uhr fuhr auf dem Bahnhof Corbetha Personenzug 828 Halle—Erfurt auf den Schluß des im Gleise 6 haltenden Eildurchgangsgüterzuges 5104 auf. Hierbei entgleisten die Lokomotive des Personenzuges und **14 Reisende** sowie der **Lokomotivführer** und der **Heizer** des Personenzuges wurden leicht verletzt. Sämtliche Verletzte konnten die Reise mit einem Ersatzzuge fortsetzen. Der Unfall ist durch Ueberfahren des auf Halt stehenden Einfahrtsignals verursacht worden.

Schiffszusammenstoß auf der Nordsee

Hamburg, 14. Juni. Die Deutsche Ostafrikalinie teilt mit, daß der auf der Ausreise nach Südwest- und Südafrika befindliche Passagierdampfer „Ussukuma" heute früh um 6.30 Uhr neun Meilen westlich vom Norderney-Feuerschiff im Nebel mit dem Motorschiff „Los Angeles" kollidiert und zur Feststellung des Schadens nach Bremerhaven zurückgekehrt ist.

Die Deutsche Ostafrikalinie teilt mit, daß Passagiere und Besatzung des Dampfers „Ussukuma" wohlbehalten sind.

Die Beschädigungen der „Los Angeles" sind nach Auskunft der Hapag unbedeutend. Das Schiff befindet sich auf der Heimreise und wird im Laufe des heutigen Nachmittags im Hamburger Hafen erwartet.

Dresdener Industrieller in Berlin verhaftet

CNB. **Berlin,** 14. Juni. Der stellvertretende **Direktor der Dresdener Zigarettenfabrik Greiling, Robert Hegewald,** ist gestern nachmittag vor dem Reichswirtschaftsministerium, das er gerade verlassen hatte, **verhaftet** worden. Die Verhaftung ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, auf Veranlassung des Landesfinanzamtes Dresden erfolgt. Direktor Hegewald ist infolgedessen auch nach seiner Verhaftung nach Dresden übergeführt worden. Hegewald soll sich **gegen die Devisenverordnungen** vergangen haben.

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistadt Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Feuilleton, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: S. Grünebaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

Bezirkskonferenz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Am Sonntag, den 12. Juni, fand im „Volkshaus" eine Konferenz des 3. Bezirks des Reichsbanners statt. Die den Bezirk bildenden Ortsgruppen waren durch ihre Vorstandsmitglieder und technischen Führer vertreten und außer ihnen konnte der Bezirksführer auch die Mitglieder des Gauvorstandes begrüßen. Die heutige politische Lage behandelte der Gauvorsitzende Kam. Dr. Helffenstein in einem ausführlichen Referat, dem sich eine ausgiebige Diskussion anschloß.

Die weiteren Referenten behandelten den freiwilligen Arbeitsdienst, organisatorische und technische Fragen. Nach jedem Referat erfolgte eine Aussprache über den behandelten Gegenstand. Es kam klar und sehr deutlich zum Ausdruck, daß das Reichsbanner seine Pflichten kennt und sie ohne Rücksicht auf die Gegner, unter Anwendung der geboten erscheinenden Mittel durchführen wird.

Die Berichte, die von den Vertretern der einzelnen Ortsgruppen gegeben wurden, zeigen, daß unsere Kameraden überall auf dem Damme sind. Der kommende Wahlkampf, der wohl mit äußerster Schärfe geführt wird, bringt dem Reichsbanner die nächsten Aufgaben und schon jetzt ist mit den Vorarbeiten zu beginnen.

Noch viele andere Punkte wurden behandelt und beraten, so daß die um halb 9 Uhr begonnene Konferenz erst um halb 3 Uhr ihr Ende fand. Mit einem donnernden „Frei Heil" und dem Versprechen, die Republik mit allen Kräften zu unterstützen, trennten sich die Teilnehmer. Die Arbeit in den Ortsgruppen geht mit neuer Tatkraft weiter. A. F.

Partei-Nachrichten

Material für den Wahlkampf

Der Wahlkampf hat begonnen. Die Arbeiterklasse hat die Kriegserklärung der Regierung der Barone angenommen. In dem ungeheuren Ringen der nächsten Wochen bis zur Reichstagswahl geht der Kampf um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung, um die Erhaltung ihrer Organisationen, um die Sozialversicherung und all die Errungenschaften, die trotz aller Reaktion der letzten Jahre noch erhalten geblieben sind. Diskussionen haben in solcher Zeit zu schweigen. **Der Gesamtwille, die gesammelte Kraft ist nur auf den Angriff und die Abwehr zu richten.**

So bringt das Diskussionsorgan der Partei, **Das Freie Wort**, in seiner soeben erschienenen Nr. 24 denn auch vorwiegend Material für den Wahlkampf. Im Leitartikel wird der politische Ueberblick der letzten Woche gegeben. Gen. Erich **Rinner** bringt interessante Zahlen aus Wirtschaft, Sozialpolitik und Finanzen, wichtig für alle Referenten und Diskussionsredner, um auf alle Fälle und jede Frage gerüstet zu sein. Gen. **Bienwald**-Leipzig hat in einem **„Kalender der KPD.-Politik"** eine interessante Zusammenstellung kommunistischer Parolen und Taten vorgenommen, von besonderer Wichtigkeit und besonderem Interesse gerade in Anbetracht des Geschreies von der Einheitsfront.

Das Freie Wort erscheint wöchentlich und kostet, durch die Post bezogen, monatlich 91 Pfg. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pfg. durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen.

Gewerkschaftliches

Nachruf für einen Kämpfer

Einer unserer Besten ist für immer von uns geschieden. Martin Arbeit ist nicht mehr. Als diese Nachricht vorige Woche in Durlach und Grötzingen, seinem Wohnort, verbreitet wurde, bemerkte man allgemeine Trauer. Selbst seine Feinde mußten anerkennen, daß eine aufrichtige ehrliche Natur, ein unermüdlicher Kämpfer für die Arbeitersache, von uns geschieden. Schon seit seiner frühesten Jugend erkannte er die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation und überall, wo es galt, für diese Idee zu werben, da stand unser „Martin" in vorderster Reihe. So war er Mitbegründer des Arbeitertunvereins in Grötzingen und bis zuletzt war seine Arbeitskraft so geschätzt, daß er bei allen größeren Veranstaltungen als Schiedsrichter fungierte. In der Gemeinde wurde seine Kraft hoch eingeschätzt. Als Gemeinderat war er in den wichtigsten Kommissionen, verehrt von Alt und Jung. In der Partei galt sein Wort viel. Ueberall, wo er anfaßte, wußte man, es wird etwas. Aber sein Hauptwerk galt seiner Berufsorganisation, dem Deutschen Metallarbeiterverband. Hier war er in seinem Element. Hier war er nicht allein hochgeschätzt, hier war er verehrt von allen Mitgliedern. Kurz vor seinem Tode wurde er noch einstimmig als Delegierter zu unserm Verbandstag in Dortmund gewählt. Leider kann er nun dort nicht mehr für seine Kolleginnen und Kollegen wirken, da der Schnitter Tod ihn weggerafft.

Als Betriebsratsvorsitzender wußte er sich nicht allein bei der Belegschaft der Firma Gritzner in Durlach Achtung und Liebe zu erwerben, nein, auch bei der Direktion galt er als aufrichtiger unerschrockener Kämpfer für die gerechte Sache seiner Arbeitskollegen und Kolleginnen, dessen Wort beachtet wurde.

Tief erschüttert vernahm die Belegschaft mit der ganzen Verwaltungsstelle die Nachricht von dem Tode dieses prächtigen Kollegen und jedem drängte sich die bange Frage auf, werden wir gleichwertigen Ersatz bekommen?

Es gab im Verband wohl kein Ehrenamt, das unserm Martin nicht übertragen wurde und wir waren stolz auf ihn. Nun ist er von uns gegangen. Wir stehen trauernd an seinem Grabe und senken unsere Fahne, die Fahne der Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit. Nur eines geloben wir, in seinem Sinne weiter zu arbeiten für die gerechte Sache der Arbeiterschaft. Möge ihm die Erde leicht sein!

Sorgen der Bauarbeiter

Der Vorstand und der **Beirat** des Deutschen **Baugewerksbundes nahmen** dieser Tage in Berlin zum **Abschluß der Lohnbewegung des Baugewerbes** Stellung. Angesichts der katastrophalen Lage des **Baumarktes**, der drohenden Einstellung der Wohnungsbauförderung **und der Ausdehnung** des Abreitsdienstexperimentes, dessen Opfer **in erster Linie die Bauarbeiter** sind, verdienen die Beratungen im **Baugewerksbund** besondere Beachtung.

Der Bundesvorsitzende **Bernhard** nahm zu Beginn seines Berichtes über die Lohnbewegung und die Lage der Bauarbeiter auch mit einem Wort zu dem

Antisozialkurs der Regierung Papen-Schleicher

Stellung. Eine Besserung der Wirtschaftslage, besonders der im Baugewerbe, sei von dieser Regierung kaum zu erhoffen. Nach allem, was bis jetzt über die Pläne der neuen Regierung verlaute, die ja nicht bauen, sondern einreißen, vor allem den „Wohlfahrtsstaat" abbrechen wolle, müßten sich die Bauarbeiter darauf gefaßt machen, daß ihr schweres Los sich nur noch mehr verschlimmere.

Die Lohnbewegung im Baugewerbe

betonte Bernhard, hat für die Tarifparteien nun einen gewissen Abschluß gefunden. Jetzt kommt es darauf an, die Allgemeinverbindlichkeit für die Tariflöhne zu erreichen. Sie abzulehnen, liegt nach dem katastrophalen Abbau des Lohns wirklich kein Grund mehr vor. Auch die Außenseiter müssen wieder, wie das früher der Fall war, den tariflichen Bestimmungen unterstellt werden. Trotz der äußerst schwierigen Lage hat der Baugewerksbund nicht unerhebliche Summen an Streikunterstützung gezahlt, weil viele Unternehmer sich sogar weigerten, die stark gesenkten Tariflöhne der Schiedssprüche anzuerkennen. Ueber die angeblich „unter Führung der RGO." durchgeführten Kämpfe während der Lohnbewegung hat der Vorstand des Bundes Erhebungen angestellt. Sie ergaben — wie es nicht anders zu erwarten war —, daß die von der RGO. angegebenen Ziffern über angeblich ausgezahlte Streikunterstützungen nur purer Schwindel sind. Nirgends hat die RGO. eine Streikunterstüung zahlen können, die man als solche bezeichnen kann. Ihre Steikunterstützung bestand in einigen Lebensmitteln und in der bettelmäßigen Unterstützung von Streikenden aus Gulaschkanonen. Nirgends hat die RGO. einen Erfolg erzielt. Ihr Einfluß bei den Bauarbeitern ist gleich Null.

Die Finanzen des Bundes

sind, wie Bernhard weiter mitteilte, erklärlicherweise stark angespannt. Trotzdem sind sie gesund. In der Frage der Arbeitsbeschaffung war der Bund unermüdlich tätig, und für die nächste Zeit hat er in seinem Kampf um die Beschaffung von Arbeit für die Bauarbeiter neue Schritte vorbereitet.

Um künftig

auch Arbeitslose organisieren

und betreuen zu können, empfahl Bernhard, den unorganisierten Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, auch als Arbeitslose die Mitgliedschaft des Baugewerksbundes zu erwerben. Die unorganisierten Arbeitslosen müßten in die Gewerkschaften eingegliedert werden, damit sie sich für die gewerkschaftlichen Aufgaben interessieren und an dem Verbands- und Versammlungsleben teilnehmen. In Uebereinstimmung mit diesen Anregungen beschloß der Beirat einmütig, Arbeitslosen und Arbeitern, die bei Pflichtarbeit, im Freiwilligen Arbeitsdienst oder sonst irgendwie in einem nicht regulären Arbeitsverhältnis tätig sind, die Möglichkeit zum Erwerb einer Interimsmitgliedschaft im Bunde zu geben, die später beim Eintritt in ein reguläres Arbeitsverhältnis in eine ordentliche Bundesmitgliedschaft umgewandelt wird.

Hast Du
Deine Arbeitskollegen
über die Lügen, Verleumdungen
und Notstände aufgeklärt?
Nimm dazu den
Volksfreund

Karlsruher Umgebung

Bürgerausschußsitzung

Weingarten

Der neue Bürgermeister, Herr Ruf, begrüßte erstmalig den Bürgerausschuß am 10. Juni und widmete dem vor kurzem verstorbenen Bürgerausschußmitglied Karl Hill einen ehrenvollen Nachruf. Der Bürgerausschuß ehrte den Toten durch Erheben von den Sitzen. Hierauf wurde in die Tagesordnung, die drei Punkte umfaßte, eingetreten. Auf den Plätzen der Bürgerausschußmitglieder lag der gedruckte Geschäftsbericht der Gemeinde-Sparkasse für 1930/31.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: **Verbescheidung der Gemeinderechnung für 1929** gab der Vorsitzende bekannt, daß ihn an der verspäteten Vorlage keine Schuld treffe, und er habe alles getan, um den Rechnungsabschluß zu fördern. Der Vorsitzende hofft, bis in 6 Wochen den Rechnungsabschluß für 1930 vorlegen zu können. Zunächst erhielt Herr Häcker als Mitglied der Prüfungskommission das Wort, der feststellte, daß in der Rechnung eine große Zahl von Mängeln gefunden wurden, die im Bericht des amtlichen Revisors enthalten sind. Außerdem brachte der Redner sein Bedauern zum Ausdruck, daß der Gemeinderat der Prüfungskommission die Vorlage des Rückständeverzeichnisses abgelehnt hat. Dieses Verhalten sei unverständlich, da doch für die Prüfungskommission ebenfalls Schweigepflicht bestehe. Bürgerausschußmitglied Zickwolf verlangt die Verlesung der vom amtlichen Revisor gefundenen Beanstandungen (Abhörbemerkungen). Der Vorsitzende kommt dieser Aufforderung nach. Der Bericht gab ein sehr ungünstiges Bild über die Rechnungsführung. Ein großer Teil der Mängel hätte bei Anwendung größerer Sorgfalt und gewissenhafter Pflichterfüllung des Gemeinderechners vermieden werden können. Gen. Reichert bringt das Erstaunen vieler Bürgerausschußmitglieder zum Ausdruck, daß der Gemeinderat es abgelehnt hat, das Rückständeverzeichnis der Prüfungskommission zugänglich zu machen. Redner übt scharfe Kritik über die Tätigkeit des Gemeinderechners und verlangt seine Anwesenheit während der Berichterstattung. Diesem Verlangen wurde entsprochen. Die noch folgende herbe Kritik dürfte dem Rechner gezeigt haben, daß sein Verbleiben im Dienst nur möglich ist, wenn er seine Dienstpflichten voll und ganz erfüllt und sich vor allem mit der Buchungsordnung vertraut macht.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: **Außerordentliche Laubstreunutzung** benützte der Hitlergemeinderat Baduf die Gelegenheit, für seine Partei eine Agitationsrede zu halten, woran ihn der Vorsitzende nicht hindern wollte. Redner verstieg sich zu der Behauptung, daß es nur den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten zu verdanken sei, daß die Laubstreunutzung vom Landtag genehmigt worden sei. Neben verschiedenem ungeräumtem Zeug sprach dieser auch von Hitlerlaub und Zentrumslaub, womit er bewies, auf welch geistigem Niveau er sich befindet. Seine Ausführungen erregten bei einem großen Teil der Bürgerausschußmitglieder Kopfschütteln. Der Vorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: **Besoldung der Gemeindebeamten und Angestellten, Beschlußfassung über die Gemeindesatzung**, erläuterte Bürgermeister Ruf die in den §§ 11 und 15 vom Gemeinderat vorgenommenen Aenderungen, nach welchen der Gemeinderat jederzeit von sich infolge veränderter Verhältnisse Urlaub und Besoldung anpassen kann. Es wurde bekannt gegeben, daß unter die Besoldungsordnung der Ratschreiber, der Grundbuchhilfsbeamte, der Gemeinderechner und die zwei ältesten Polizeiwachtmeister fallen. Die übrigen Gemeindebediensteten, darunter 1 Polizeiwachtmeister, Feld- und Waldhüter, Schuldiener und Farrenwärters fallen unter die für Angestellte gültige Satzung. Durch diese neue Regelung der Gehaltsfestsetzung, an deren Vorarbeiten sich alle Parteien beteiligten und deren Vorschläge von der Aufsichtsbehörde mit nur geringen Abänderungen gutgeheißen wurde, werden nunmehr jährlich mit Einschluß des verkürzten Bürgermeistergehalts 12 400 RM. an der Gehaltszahlung der Gemeindebeamten und Bediensteten **eingespart**. Diese Mitteilung des Vorsitzenden wurde mit Befriedigung aufgenommen. Während der größte Teil der Bürgerausschußmitglieder dieser neuen und zweckmäßigen Regelung zustimmten, lehnten die Hitler mit den paar Deutschnationalen die beiden Vorlagen ab. Während die Hitler erklärten, die Vorlage ablehnen zu müssen, weil der Bürgerausschuß in seiner heutigen Zusammensetzung nicht mehr dem Willen der Wählerschaft entspräche, gaben die Deutschnationalen die Erklärung ab, die Vorlagen abzulehnen, da sie das Verfügungsrecht über die in Frage kommenden Beamten haben müßten. (??) Die darauf folgende Abstimmung ergab für die Annahme der Vorlagen 36 Stimmen, dagegen stimmten 28. Unsere Fraktionsredner Reichert und Brutzer gaben nunmehr den beiden Rechtsparteien in sachlicher und trefflicher Weise Antwort, wobei sie betonten, daß selbst ihre Wähler ihre ablehnende Haltung nicht verstehen werden. Ihr Standpunkt sei nicht nur ein Sich-Drücken von der Verantwortung, sondern er steht auch im Widerspruch mit ihren Wahlversprechungen vor den Gemeindewahlen, wo sie ihren Anhängern versprachen, auf dem Rathaus mit eisernen Besen auszukehren und ganz besonders die hohen Gehälter zu kürzen. Würden die übrigen Bürgerausschußmitglieder ebenso gehandelt haben, wäre die neue Gemeindesatzung abgelehnt worden und die Gemeindebeamten müßten nach den früheren und höheren Sätzen der Reichsbesoldungsordnung bezahlt werden. Hoffentlich werden die Hitlerwähler sich über dieses merkwürdige Verhalten ihrer Vertreter ihre Gedanken machen. Oder war bei den Hitler-Vertretern der Gedanke bestimmend, daß sie bei den nächsten Wahlen die absolute Mehrheit erhalten und dann alle Stellen auf dem Rathaus mit ihren Leuten besetzen wollen, denen man diese gekürzten Gehaltssätze nicht zumuten kann!!!

Es folgten dann noch **drei Anfragen der sozialdemokratischen Fraktion:**

1. Anfrage: Trifft es zu, daß die Lieferung für das hiesige Krankenhaus von einer auswärtigen Großhandelsfirma ausgeführt wird?

Bürgermeister Ruf bestätigte, daß die Lieferung durch eine auswärtige Firma tatsächlich zugetroffen hätte, wenn auch die Mengen nur gering gewesen seien. Nunmehr sei das abgestellt worden. Bei dieser Aenderung seien ihm viel Hindernisse bereitet worden.

2. Anfrage: Wann erfolgt die Vorlage des Rechnungsabschlusses der Sparkasse und wie lange soll der seiner Zeit auf 3 Monate zur Aushilfe eingestellte Herr Ostermaier noch Dienst tun?

3. Anfrage: Wie lange sollen die Herren Hartmann und Trautwein noch beschäftigt werden?

Der Vorsitzende antwortete auf die 2. Anfrage, daß Herr O. nur noch einige Wochen zur Urlaubsvertretung verwendet wird und dann ausscheidet. Die Vorlage des Rechnungsabschlusses erfolgte am heutigen Tage.

Zur Anfrage 3 wurde vom Vorsitzenden erwidert, daß die beiden Aushilfskräfte jederzeit entlassen werden können, wenn der Gemeinderat es beschließt. Außerdem würden diese, da sie sich freiwillig angeboten haben, keinerlei Bezahlung erhalten.

Hierzu wurde vom Vorsitzenden von unserer Fraktion geantwortet, daß es nicht angängig sei, Hilfkräfte ohne jede Bezahlung längere Zeit arbeiten zu lassen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Kunst und Wissen

Akademische Bühne

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß das Theaterspielen bei unserer Jugend wieder in Schwung kommt. Es fördert das seelische Einfühlungsvermögen und die körperliche Gewandheit, zwei Dinge die im Leben nur nützlich sein können. Der Karlsruher Studentendienst, der auf die kulturelle und künstlerische Weiterbildung seiner Mitglieder bedacht ist, hat neben den Konzerten, die er während dieses Winters veranstaltete, nun auch einen Schwank einstudiert. „Der Mustergatte" von Avery Hopwood ist einer der üblichen Ehekonfliktsschwänke, dessen Verwicklungen unter dem heiteren Beifall der zahlreichen Zuschauer sich in einem glücklichen Ende lösen. Die Amateurspieler waren alle mit Lust und Liebe bei der Sache, sie führten den witzigen Dialog forsch und schmissig durch. Die Männerrollen wurden von Wolfgang Harbrecht, Arnold Zierau, Wilhelm Kappe, Hans Werner Probaska leicht und behend durchgeführt. Ihnen ebenbürtig waren die Damen Else Wagner, Trudel Baumbach und Irmgard Specht. Für die Bühnenbilder und die Regie zeichnete Heinz Gerhard Zircher. Das fein-ineinander gefügte Spiel zeugte von fleißiger und erfolgreicher Einstudierung.

Musikalische Morgenfeier

In der badischen Musikhochschule veranstaltete das Kammerorchester eine Morgenfeier. Auf dem Programm standen Werke von Mozart und Haydn. Die etwas reichlich bemessene Vortragsfolge beanspruchte an dem wunderschönen Junisonntagmorgen, dessen Temperierung nichts zu wünschen übrig ließ, ziemlich große Geduld von dem gut besetzten Podium und den Interessenten. Es ist männiglich bekannt, daß die vielsätzige Haffner-Serenade Mozarts etwas zu langsam geraten ist. Man begnügt sich deshalb bei Konzerten, in denen sie aufgeführt wird, immer mit einer Auswahl, die um so leichter zu treffen ist, da die Stücke nur lose aneinander gereiht sind. Josef Peischer hat mit seinen Studenten sehr fleißig und gewissenhaft gearbeitet. Der Ensembleton hat Klang und ist vielfältig in der Dynamik. Das zeigte sich auch bei der Begleitung des Haydnschen Violinkonzertes das Oskar Schmidt genial interpretierte.

Die Ständige Kunstausstellung der Münchener Künstler-Genossenschaft zeigt zur Zeit in ihren Räumen, München, Maximilianstraße 26 (früheres Deutsches Museumsgebäude) eine sorgfältige Auswahl neuer Werke zeitgenössischer Münchener Künstler. Der Ausstellung ist ferner noch eine Sammelausstellung von Prof. Fritz Erler angegliedert.

3105

- - nein - „loses" Persil gibt es nicht!

Persil geht nur in Originalpackung!

P251/12b

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

15. Juni

1099 Erstürmung Jerusalems. — 1381 Bauernführer Wat Tyler ermordet. — 1843 *Komponist Edvard Grieg. — 1893 Reichstagswahl. — 1895 †Komponist Richard Genée. — 1905 †Afrikareisender H. v. Wißmann. — 1907 2. Freidenkerkonferenz im Haag. — 1914 †Landschaftsmaler Max Uth.

Ein tödlich verlaufener Straßenbahnunfall

Am Dienstag morgen gegen ½11 Uhr erfolgte an der Ecke Körnerstraße und Kaiserallee ein gräßliches Straßenbahnunglück, wobei die 50 Jahre alte Frau Sofie Krieger, Ehefrau des beim Gaswerk angestellten Bauinspektors Gustav Krieger ums Leben kam.

Um die oben angegebene Zeit fuhr die verunglückte Frau in dem Augenblick auf ihrem Fahrrad aus der Körnerstraße, um auf die Fahrbahn der Kaiser-Allee zu fahren, als ein Straßenbahnzug der Linie 1 mit Anhänger von Mühlburg her der noch ca. 60 Meter von der Unfallstelle entfernten Haltestelle Schillerstraße in gemäßigtem Tempo zufuhr. Die Radfahrerin fuhr, wie Augenzeugen berichten, beim Herausfahren aus der Körnerstraße direkt in den Motorwagen hinein, wobei sie von dem Fahrrad fiel, welches von dem Radschutz des Motorwagens weitergeschoben wurde. Sie selbst kam so unglücklich zu Fall, daß sie unter den Radschutz des ersten Wagens geriet. Trotzdem der geistesgegenwärtige Wagenführer sofort den Sandstreuer und die elektrische Bremse betätigte, konnte er nicht mehr verhindern, daß die Radfahrerin vor die Vorderräder geriet und erfaßt wurde, so daß sie unterhalb der Brust buchstäblich aufgeschnitten und ihr das Rückgrad gebrochen wurde und innerlich verblutete.

Der bald darauf eintreffenden Feuerwehrmannschaft blieb nur noch die Aufgabe, den Motorwagen in die Höhe zu winden, um die Leiche bergen zu können.

Das Vorkommnis hatte begreiflicherweise eine große Menschenmenge angelockt, die aber von der zahlreich erschienenen Polizeimannschaft von der Unfallstelle ferngehalten wurde, bis die notwendigen Erhebungen und die Augenzeugen des Unfalles festgestellt werden konnten. Der Straßenbahnverkehr ruhte während den Ermittlungen auf dieser Strecke ungefähr eine halbe Stunde.

Die Rosen blühen im Stadtgarten

Im Rosengarten des Stadtgartens stehen zur Zeit wieder die Rosen in vollster Blüte. Etwas reichlich spät, aber mit umso besser entwickelten Blumen haben die verschiedenen Arten ihre Kelche geöffnet und so blühen sie wieder in allen Farben und Formen. Die Theerosen, Theehybriden, Remontanten und die in den letzten Jahren so beliebt gewordenen Luteahybriden mit ihren herrlichen, gelben Farbentönen, die sie alle von der gelben Stammform als Erbteil erhalten haben, sowie die vielblumigen Polyanthen und die Schlingrosen verschiedener Abstimmung. Die Farben leuchten in hunderten von Tönen und Nüancen von Weiß bis dunkelgelb und von rosa über die einzigschönen lachsroten bis zum dunkelsten Rot.

Aber nicht nur die Farbe macht uns die Königin der Blumen so wertvoll und läßt empfindsame Naturen in helles Entzücken geraten, auch der Duft ist es, der der Rose ihre besondere Beliebtheit verdankt. Wer den Rosenduft aber so recht genießen will, darf nicht am hellen Tage bei grellem Sonnenschein kommen, in dieser Zeit vergeudet die Rose ihre Gaben nicht, erst nach Sonnenuntergang und am meisten an trüben Tagen liebt sie die Luft mit ihrem Duft zu erfüllen und dann ist die Zeit für die Freunde der Rose sich ihr zu widmen und ihre Gabe in vollen Zügen zu genießen.

Freier Hausfrauenbund

Die beiden letzten Zusammenkünfte des freien Hausfrauenbundes, die jeweilig einmal im Monat stattfinden, beschäftigten sich mit dem schwersten Uebel unserer Zeit: der Arbeitslosigkeit und den Vorschlägen zu ihrer Ueberwindung oder Beschränkung. Beidemal hatte sich in liebenswürdiger Weise Gen. Dr. Weißmann bereit erklärt, über die Arbeitslosenversicherung, über Arbeitsdienstpflicht oder freiwilligen Arbeitsdienst zu referieren. Der Redner hielt keinen geschlossenen Vortrag, sondern regte durch geschickte Fragestellungen seine Zuhörerinnen zu eigenem Nachdenken an. Dadurch kamen Ansichten und Meinungen zur Sprache, die dank der umfassenden Kenntnisse des Vortragenden auf obengenannten Gebieten eine eingehende Begründung erfuhren. Das Problem des Arbeitsdienstes ist für alle Bevölkerungskreise von gleich großer Wichtigkeit, können doch die Maßnahmen des Arbeitsdienstes auch auf die Lohn- und Gehaltsempfänger von einschneidender Wirkung sein. Die Aufmerksamkeit der Anwesenden bewies Gen. Dr. Weißmann, mit welch großem Interesse seine gut fundierten Ausführungen aufgenommen wurden.

Karlsruher Kinder im Marionettentheater

Schon wieder etwas los? Alle Augenblicke kommt die Schule mit anderen Anforderungen. Große und kleine Zirkusse wenden sich an die Schulen. Glasbläser wollen ihre Kunst vorführen, Schlangenbändiger sind entrüstet, wenn man kein Verständnis für ihre Darbietungen und ihre Notlage haben kann. Kaum ein Tag vergeht, an dem man nicht irgend einen abweisen muß. Sie kommen gewiß alle nicht aus Uebermut. Arbeitslose Artisten, Künstler der verschiedensten Rangstufen, mehr und minder Berufene suchen sich auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege einen sehr bescheidenen Lebensunterhalt zu schaffen.

Aber trotz dieser Einsicht wage ich es oft nicht mehr, meine Buben um ihre Ansicht zu fragen. Die stimmen fast alle gleich zu allem zu. Dann wird daheim die Mutter so lange geschunden und geplagt, bis sie den ach so bitter nötigen Zehner herausrückt. Sie nimmt eine Woche lang keinen Zucker in den Kaffee, dann kann sie ihrem Bub die Freude gönnen. Ja, jeder Zehner muß buchstäblich am Munde abgespart werden. Nur wenige Eltern unserer Volksschüler können es sich noch leisten, einen Groschen zu „vertun".

Die Möglichkeit, die entzückenden Puppenspiele zu sehen, möchte ich ihnen doch nicht vorenthalten. Natürlich, sie sind begeistert, hinzudürfen. Die wirtschaftlich besser gestellten ermöglichen einer Anzahl Kameraden das Mitgehen; der immer noch verbleibende Rest wird eingeschmuggelt, wenns nicht anders geht. Die entgegenkommende Haltung der Theaterleitung macht das erfreulicherweise sehr leicht.

„Das kalte Herz", die Geschichte des schwarzwälder Köhlerbuben, der mit Hilfe guter und böser Geister zu Reichtum und dadurch zu Macht kommt. Nach kurzer Zeit vergessen die Kinder, daß das Puppen sind, diese reizenden, kleinen, beweglichen, sprechenden Figürchen. Wir hassen sie, diese reichen, stolzen Holzherren, deren ganzer Reichtum aus dem Schweiße der armen, verachteten Holzarbeiter gewonnen ist. In ihrem Hochmut erwidern diese Herren kaum mehr den Gruß der kleinen Leute, die für sie schuften. Die sind ja alle von ihnen abhängig, von ihrem Geld, von ihrer Macht. Leider macht es der Kohlenpeter auch nicht besser, als er durch unverdientes Glück zu Besitz gekommen ist. Das Geld hat ihm sein Herz genommen, er ist womöglich noch härter als seine neuen Standesgenossen. Da hat er aber auch die Sympathie der 300 Kinder verscherzt. Und als die Strafe über ihn hereinbricht, hat keines mit ihm Mitleid.

Ein Märchen hat stets ein glückliches Ende. Ein guter Geist fügt es so, daß am Schlusse die Not aller Armen behoben ist, und eitel Glück und Freude in den armen Hütten einziehen. Die Kinder bejubeln dieses glückliche Ende, die handelnden Puppen müssen sich für den tosenden Beifall vielmals dankend verneigen.

Ich habe es nicht bereut, mit meinen Burschen die Vorstellung besucht zu haben. Sie haben unter sich Vergleiche mit der Gegenwart angestellt. Freilich, die Lösung ihrer Not wird nicht von irgend einem überirdischen Geist kommen,, aber sie werden sie einmal selbst herbeiführen. Ihr Sinn für Recht und Gerechtigkeit wird einst das glückliche Ende finden. Es muß kommen, so sicher wie im Märchen. Gerade wenn das Ziel am weitesten entfernt scheint, kann eine überraschende Wendung eintreten. Es bedarf ja nur der richtigen Erkenntnis. Sobald das schaffende Volk sich zum Bewußtsein seines wahren Zieles durchgerungen hat, muß ihm sein gerechter Anteil an den überreichlich vorhandenen Gütern dieser Erde zufallen. B.

Freiwilliger Arbeitsdienst

Dieser Tage sprach in der gutbesuchten Mitgliederversammlung des **Zentralverbandes der Angestellten** der Referent beim Landes-Arbeitsamt in Stuttgart, Kollege Bodo Tornow über **„Freiwilliger Arbeitsdienst, Arbeitsdienstpflicht und Randsiedlungen"**. Bekanntlich sind diese Probleme auch innerhalb der deutschen Arbeiterschaft noch sehr umstritten. Immerhin haben sich aber schon große Korporationen derselben für den freiwilligen Arbeitsdienst im bejahenden Sinne ausgesprochen und auch schon entsprechende Schritte unternommen, um auf diesem Gebiet Einfluß zu gewinnen. Bei der öffentlichen Behandlung dieser Frage muß immer wieder der große Unterschied zwischen freiwilligem Arbeitsdienst und der Arbeitsdienstpflicht herausgeschält werden. Im Bezirk des Landesarbeitsamts Stuttgart hatte man schon die verschiedenartigsten Anfänge auf dem Gebiet des freiwilligen Arbeitsdienstes zu beobachten Gelegenheit. Der freiw. Arbeitsdienst ist im § 137 Arbeitslosenversicherungsgesetzes begründet. Die Arbeit muß immer eine gemeinnützige und zusätzliche sein, d. h. sie muß unterbleiben, wenn sie keinen gemeinnützigen Charakter trägt oder sie auf dem Wege der freien Arbeitsvergebung durchgeführt werden könnte. In der Praxis kommen so in der Hauptsache Bodenverbesserungsarbeiten, Anlegen von Sportplätzen u. dgl., bäuerliche Siedlungen und Stadtrandsiedlungen in Frage. Privatpersonen oder private Unternehmer dürfen keinen Vorteil aus dem freiwilligen Arbeitsdienst haben. Der Begriff zusätzliche Arbeit ist so aufzufassen, daß das Arbeitsobjekt nicht ausgeführt werden könnte, ohne den freiwilligen Arbeitsdienst. Letzteres kommt hauptsächlich bei armen Gemeinden in Frage, welche dringende im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten durchzuführen hätte, aber nicht in der Lage sind, dieselben auf dem Wege der freien Arbeitvergebung finanzieren zu können. Das Landesarbeitsamt muß bei der Bewilligung von Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes weiter untersuchen, ob die Arbeit nicht auf dem Wege der Notstandsarbeit durchgeführt werden könnte. Ist letzteres der Fall, so muß hier der freiwillige Arbeitsdienst unterbleiben. Schließlich ist auch die Ernsthaftigkeit der Arbeitsmaßnahmen zu prüfen, um Spielereien auf diesem Gebiet zu unterbinden. Mit dem freiwilligen Arbeitsdienst hat der Gesetzgeber vor allen Dingen ein pädagogisches Ziel, welches in den Arbeitslagern zur Geltung kommt. Das Landesarbeitsamt hat darüber zu wachen, daß die Arbeitslager nicht zu politischen oder staatsfeindlichen Zwecken mißbraucht werden. Beim freiwilligen Arbeitsdienst ist der Arbeitsträger und der Träger des Dienstes zu unterscheiden. Der Arbeitsträger hat die Finanzierung und wirtschaftliche Organisation der Arbeitsmaßnahmen zu übernehmen, während der Träger des Dienstes den pädagogischen Teil sich zur Aufgabe macht. Der zum freiwilligen Arbeitsdienst zugelassene Personenkreis ist heute noch ein sehr enger. In der Hauptsache kommen jüngere Unterstützungsempfänger in Frage. Das System der pauschalen Entschädigung hat sich als vorteilhaft herausgestellt. Die Dauer der Teilnahme wurde bisher sehr großzügig behandelt. So hat man die Teilnahme am freiwilligen Arbeitsdienst nicht vom bisherigen Unterstützungsbezug abhängig gemacht. Der Reichsarbeitsminister war bisher bestrebt, größere Mittel für den freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung zu stellen. Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning hatte großzügige Pläne auf diesem Gebiet und dachte insbesondere an die siedlerische Aufschließung des Deutschen Ostens.

Wenn es sich um einen freiwilligen Arbeitsdienst handelt, kann die Festlegung der Arbeitszeit keine schematische sein, wie dies beim freien Arbeitsverhältnis der Fall ist. Im Durchschnitt werden täglich 6 Stunden gearbeitet. Der übrige Teil des Tages wird dem pädagogischen Zweck des freiwilligen Arbeitsdienstes gewidmet. So werden da Vorträge, Arbeitsgemeinschaften, Sportstunden und Wanderungen durchgeführt. Aus dem freiwilligen Arbeitsdienst entstehen keinerlei arbeitsrechtliche Arbeits- und Rechtsverhältnisse.

Bei der Vergebung der Arbeitsmaßnahmen ist darauf zu achten, daß diese Maßnahmen einen geringen Materialaufwand beanspruchen. Wenn irgendwie ein geschlossenes Arbeitslager möglich ist, sollte dasselbe befürwortet werden, da so das pädagogische Ziel am besten erreicht werden kann. Im Bezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland sind bis jetzt 229 Maßnahmen genehmigt worden. Davon sind bereits 29 vollständig abgewickelt. Im Durchschnitt wurden 7400 Arbeitswillige hierzu aufgenommen. Die meisten Maßnahmen dienen der Hebung von Volksgesundheit und Bildung. Dann folgen die Meliorationen und andere Maßnahmen. Die Größe der Maßnahme ist sehr verschieden. Die Zeahl der Teilnehmer pro Maßnahme schwankt zwischen 6 und 300. In den Lagern des freiwilligen Arbeitsdienstes ist möglichst der Grundsatz der Selbstverwaltung durchzuführen. Der Redner hat aus eigener Anschauung festgestellt, daß die Verpflegung eine gute sei und man sich das Lager ungefähr so vorstellen kann, wie die früheren Militärlager ausgesehen haben. Selbstverständlich treten in solchen Lagern weltanschauliche Gegensätze auf, zu Zusammenstößen ist es jedoch noch nicht gekommen. Die Jugend zeige großes Interesse für den freiwilligen Arbeitsdienst, was wahrscheinlich auf die Romantik des Arbeitslagers zurückzuführen ist.

Eine besondere Gruppe im freiwilligen Arbeitsdienst bildet das Siedlungswesen. Dort ist das Arbeitslager nicht durchzuführen, weshalb auch zum Siedeln mehr ältere Arbeitsdienstfreiwillig herangezogen werden. Bei der Siedlung ist ferner ein großer Unterschied zwischen der bäuerlichen und der Stadtrandsiedlung festzulegen. Die bäuerliche Siedlung kommt hauptsächlich für den deutschen Osten in Frage. Die dort gemachten Pläne sind heute in Frage gestellt, weil sich die deutschen Großgrundbesitzer trotz ihres Bankrotts auf wirtschaftlichem Gebiet sträuben, ihre Güter aufteilen zu lassen. In Südwestdeutschland haben wir auf dem Gebiet der Stadtrandsiedlung schöne Erfolge zu verzeichnen. Der Redner schilderte an dem großzügigen Unternehmen der Stadt Mannheim die Einzelheiten. Hier kommt das Prinzip der Selbsthilfe zur Durchführung. Bei Auslese der Arbeitswilligen wird heute darauf geachtet, daß möglichst der Siedler nicht im freiwilligen Arbeitsdienst verwendet wird. Bei der Verteilung der Siedlerstellen wurde mit Erfolg mehr die Meinung der Ehefrau als die des Ehemanns gewürdigt, weil diese Stadtrandsiedlungen bei Aenderung der wirtschaftlichen Konjunktur doch mehr von der Ehefrau des Siedlers bewirtschaftet werden muß und somit die ganze Last der Arbeit an dieser hängt. In Mannheim läßt man zunächst die Siedlung nicht in den Privatbesitz übergehen, sondern die Stadt leiht die Siedlung zunächst für 20 Jahre. Weiter sind damit verbunden Lehrgänge für Kleinlandwirtschaft. Der Häuserbau kann bei Typisierung ein sehr billiger werden. Der Redner gibt auch Zahlen über die Zusammensetzung der Siedler bekannt. Hier ist erwähnenswert, daß es meist Handwerker sind, die die Enge der Stadtwohnung mit dem freien Leben der zwar primitiv aber doch gesundheitlich einwandfreien Stadtrandsiedlung vertauschen.

Um die Erfahrungen, die auf dem Gebiet des freiwilligen Arbeitsdienstes, die Ausbildung der Arbeitslagerführer und der Einkauf von Material rationell zu gestalten, geht man in allen Gegenden Deutschlands dazu über, sogenannte Heimatwerke zu gründen. Diese Heimatwerke werden in Zukunft immer mehr Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes sein. Der Redner ist deshalb der Meinung, daß man sich dort mehr denn je auch auf unserer Seite nach Einfluß umsehen muß. Rechts gerichtete Kreise Deutschlands haben das Bestreben, den freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht umzubiegen. Dies kann nur dann verhindert werden, wenn die sozialistisch gesinnte Bevölkerung den freiwilligen Arbeitsdienst in gewissem Rahmen befürwortet und durch Mitarbeit beeinflußt. Bei der Arbeitsdienstpflicht käme das pädagogische Ziel wieder vollständig in den Hintergrund und würde eben wie beim Privatunternehmer der Ertrag der Arbeit das Wichtigste werden. Mit der Arbeitsdienstpflicht könnte aber die seelische Not der Jugend und überhaupt die seelische Not der Arbeitslosen nicht behoben werden und bildet in Wirklichkeit die Arbeitsdienstpflicht auch weiter für den freien Arbeitsmarkt eine große Gefahr. Letzteres können wir hingegen beim freiwilligen Arbeitsdienst nicht behaupten, was aus der Natur desselben nach den bisherigen Schilderungen klar hervorgeht. Selbstverständlich hat auch der freiwillige Arbeitsdienst seine Schattenseiten. Hierzu gehört die einseitige politische Beeinflussung, wenn der Träger des Dienstes nur ein Verband ist. Die Arbeitgeber versuchen immer wieder den freiwilligen Arbeitsdienst in Arbeitsdienstpflicht umzuwandeln. Man begründet dies mit der frechen Behauptung, daß der Empfänger von öffentlichen Unterstützungen auch die Pflicht habe, hierfür wieder einen Gegendienst zu leisten. Diese Dinge können alle verhütet werden, **wenn die Arbeitnehmerschaft mit ihren Organisationen immer mehr Einfluß auf den freiwilligen Arbeitsdienst nimmt.**

Im Anschluß an das Referat gab es eine recht interessante Diskussion. Der Vorstand, Kollege Häffner, schloß gegen 11 Uhr den äußerst interessanten und lehrreichen Abend. O. D.

Der Festzug der Feuerwehren am Feuerwehrtag

Als äußere Dokumentierung der Idee der Hilfsbereitschaft in den deutschen Feuerwehren findet im Rahmen des 21. Deutschen Feuerwehrtages in Karlsruhe am Sonntag, den 7. August, vormittags 11 Uhr, ein großer Festzug der deutschen Feuerwehren durch die Hauptstraßen der badischen Landeshauptstadt statt; er wird durch die Beteiligung mehrerer Kompagnien Bürgerwehren, die als Vorgängerinnen der freiwilligen Feuerwehren im badischen Lande zu betrachten sind, in ihren schmucken Uniformen sowie durch die Mitwirkung der Reitervereine der Hardt ein besonderes Gepräge erhalten. Namentlich aus dem Schwarzwald und dem Kraichgau werden sich die Bürgerwehren am Zuge beteiligen, der in 4 bis 5 Abschnitte gegliedert sein wird. Den Zug wird eine Abteilung berittener Polizei eröffnen. Ihr folgen 3 Kompagnien Bürgermilizen, dann Reitervereine (die zum Teil auf die übrigen Zugsabschnitte verteilt werden). Den Hauptteil bilden die Massen der nach Verbänden gruppierten deutschen Feuerwehren, zwischen denen die zahlreichen Feuerwehrkapellen in bestimmten Abständen eingestreut sind. Der sehr stattliche Festzug wird in der Kaiser-Allee am Mühlburger Tor und in den dortigen Seitenstraßen aufgestellt. Der etwa 5 Kilometer lange Zugsweg führt durch die Kaiserstraße bis zum Durlacher Tor, sodann zurück über den Marktplatz durch die Karl-Friedrich-, Ettlinger, Baumeister-, Wilhelm- und Schützenstraße zum Stresemannplatz; in der Beiertheimer Allee wird er aufgelöst werden. Sobald die Spitze des Zugs am Rathaus (Marktplatz), woselbst ihn die Ehrengäste erwarten, angelangt ist, wird er zum Gedächtnis der Gefallenen des Weltkrieges zwei Minuten stillstehen, während die Glocken aller Kirchen läuten. Im Zuge wird auch eine historische Gruppe, die Villinger Feuerwehr vor 100 Jahren, mitmarschieren. Die Festzugsordnung ist aufgestellt. Ein Zugsplan wird noch gefertigt und mit der Zugsordnung den Wehren zugesandt werden. Aus Gründen der Ersparnis wird von der Herausgabe eines offiziellen Tagungsabzeichens abgesehen. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß alle Berechtigungen für den 21. Deutschen Feuerwehrtag (Zutritt zu den Veranstaltungen, zur Ausstellung usw.) nur auf den gelösten Tagungskarten ruhen und andre Ausweise, wie Festbuch oder wilde Abzeichen, keinerlei Berechtigungen haben.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Auf der Wolfartsweierer Brücke wurde gestern abend ein junger Mann aus Mühlburg von einem Lieferkraftwagen angefahren; er erlitt durch Splitter der Windschutzscheibe Schnittverletzungen am Kopfe. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt.

An der Landstraße zwischen Weingarten und Durlach vergnügten sich einige Kinder damit, fortwährend über die Landstraße zu springen, während ihr Vater auf einem Acker in der Nähe beschäftigt war. Hierbei wurde ein 2½jähriges Kind von einem Personenkraftwagen erfaßt und zu Boden geworfen, so daß es Verletzungen an der Stirne, am Hüftbein und am Fuß erlitt, und ärztliche Behandlung gebracht werden mußte.

Mutwillige Alarmierung der Feuerwehr

In vergangener Nacht wurde in der Yorkstraße von einem bis jetzt noch unbekannten Täter der öffentliche Feuermelder unbefugt gezogen, was das Ausrücken eines Löschzuges zur Folge hatte.

Fahrraddiebstähle

Zwei Männer aus Rintheim, die gestern im Hardtwald mit Reisigsammeln beschäftigt waren, wurden die Fahrräder von unbekannten Tätern gestohlen. Beide Fahrräder wurden bald darauf von einem Jungen Mann unter einem Reisighaufen versteckt vorgefunden und konnten ihren Eigentümern wieder ausgehändigt werden.

Politische Reibereien

Gestern nachmittag kam es in der Kreuz-, vergangene Nacht in der Lorenzstraße zu Reibereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, so daß die Polizei einschreiten mußte. Die Ermittlungen sind im Gange.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

(:) **Stenographisches.** Der Reichskurzschriftverein Karlsruhe (Gabelsberger 1872, Stolze-Schrey 1905) beteiligte sich an dem stenographischen Wettschreiben, das am 5. Juni d. J. in Verbindung mit der Landestagung des Badischen Stenographenverbandes in Gaggenau abgehalten worden ist, mit hervorragenden Erfolgen. 99 Prozent seiner wettbewerbenden Mitglieder konnten mit Preisen und zum größten Teil sogar mit Ehrenpreisen ausgezeichnet werden. Außerdem nahmen die Mitglieder des Vereins ebenfalls mit guten Erfolgen an der Frühjahrs-Handelskammer-Prüfung und an dem am 22. Mai d. J. stattgehabten Vereinswettschreiben teil. So hat der Verein wieder bewiesen, daß er mit seinen Leistungen an der Spitze der badischen Stenographenvereine marschiert. Bei dem kürzlich zu Ehren der Preisgekrönten veranstalteten Vereinsabend gab der geschäftsleitende Vorstand, Herr Kaufmann Karl Herold einen eingehenden Bericht über den Verlauf des Gaggenauer Stenographentages. Der Unterrichtsobmann, Herr Verwaltungsoberinspektor Karl Riegger, gab sodann die Preise der 3 Wettschreiben bekannt, entbot den Preisträgern die herzlichsten Glückwünsche und ermunterte sie, sich ihre stenographische Fortbildung auch fernerhin angelegen sein zu lassen. Um das gute Gelingen des Vereinsabends machte sich in besonderer Weise der Gesangverein „Fidelia" verdient, welcher unter der Leitung von Herrn Bollheimer mehrere gut geschulte Männerchöre zum Vortrag brachte.

(:) **Promenadekonzert.** Die Badische **Polizeikapelle** veranstaltet heute Mittwoch, nachmittags von 17.15 bis 18.15 Uhr, unter der Stabführung von Korpsführer Polensky auf dem **Gutenbergplatz** ein Promenadekonzert.

(:) **Silberne Hochzeit.** Herr Straßenbahn-Oberführer Richard Hielscher und seine Gattin können heute das Fest der silbernen Hochzeit feiern. Dem Jubelpaare, das schon lange Jahre auf den Volksfreund abonniert ist, gratulieren wir herzlichst. Glückauf zum „Goldenen".

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Leseabend der Alt-, Mittel- und Südweststadt

Donnerstag, 16. Juni 1932, abends 8 Uhr, in der Nähstube der Arbeiterwohlfahrt (Alter Bahnhof) findet eine Zusammenkunft der Genossinnen obengenannter Bezirke statt. Gen. Dr. Thoma spricht über die Kulturbedeutung der Schule im modernen Volksstaat. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Kameraden! Am Mittwoch, 15. Juni, 8 Uhr abends, findet im Volkshaus, Schützenstr. 16, eine äußerst wichtige **Mitgliederversammlung** statt.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz. 2. Die politische Lage und das Reichsbanner. Referent: Kamerad Dr. Helfenstein, Mannheim. Entsprechend der Tagesordnung ist die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder erforderlich.

Spielmannszug. Heute keine Probe, alle Spielleute nehmen an der Versammlung teil.

Lichtspielhäuser

Residenz-Lichtspiele, Waldstraße 30

Dirigible der große amerikanische Fliegerfilm in deutscher Sprache: „Helden der Luft" ist heute letztmals auf dem Spielplan der Residenz-Lichtspiele. Jeder, der sich auch nur im geringsten für das Flugwesen — und wer würde das nicht — interessiert, sollte die heutige letzte Gelegenheit nicht ungenützt vorübergehen lassen, sich diesen schönsten und bewegtesten aller Fliegerfilme anzusehen, denn jeder — ob flugbegeistert oder nicht — wird durch und durch aufgerüttelt. Waghalsige Kunstflüge, tollkühne Massen-Fallschirmabsprünge, majestätische Gemälde der Eisregionen, Aufnahmen, die eben nur der Film geben kann. Da jeder 500. Besucher einen Freiflug über Karlsruhe gewinnen kann und das Beiprogramm sehr gut zusammengestellt ist, dürfte das Programm auch heute noch seine Zugkraft nicht verfehlen. Auf folgende Eintrittskarten entfiel bereits ein Freiflug: 447, 881, 12 415, 22 522 und 86 445.

Veranstaltungen

Mittwoch, den 15. Juni 1932:

Badisches Landestheater: Der Zigeunerbaron. 20 Uhr.
Colosseumgarten: Gartenkonzerte.
Stadtgarten: Streichkonzert. 16—18.30 Uhr.
Badische Lichtspiele: Die Koffer des Herrn O. F. Das Land der 1000 Wunder. 20.30 Uhr.
Gloria-Palast: Unter falscher Flagge. Beiprogramm.
Kammer-Lichtspiele: Die Frau von der man spricht. Beiprogramm.
Palast-Lichtspiele: Ein Lied, ein Kuß, ein Mädel. Beiprogramm.
Residenz-Lichtspiele: Helden der Luft. Beiprogramm.
Schauburg: Der Stolz der 3. Kompagnie. Gutes Beiprogramm.
Kaffee Bauer: Sonderkonzert. Unterhaltungsmusik mit neuer Bühnenschau. 20.30 Uhr.

Veranstaltungen

Kaffee Bauer: Im heutigen Mittwochkonzert spielt Solocellist Hans Röhren Werke von Rehbock und Saint Saens. Im 2. Teil des Abends kommt moderne Unterhaltungsmusik mit Bühnenschau zum Vortrag. (Siehe die Anzeige).

Bulach

Der Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Bulach, veranstaltet am kommenden Samstag, 18. Juni, auf dem Sportplatze der Freien Turnerschaft Bulach eine Sonnenwendfeier, bei welcher Genosse Hauptlehrer Hellinger die Feuerrede halten wird. Durch die Mitwirkung des Arbeitergesangvereins Freundschaft, der Freien Turnerschaft Bulach und der SAJ. Rüppurr, sind wir in der Lage, ein der Feier angepaßtes, interessantes Programm zu bieten und laden hierzu Sport- und Parteigenossen sowie Freunde und Gönner freundlichst ein.

Das neue Reichs-Bäder-Adreßbuch. Die 7. Ausgabe des bekannten Nachschlagewerkes für den Fremdenverkehr, gültig für die Saison 1932 und 1933, ist erschienen. Da sich infolge der weitgehenden Einschränkung der Auslandsreisen das Interesse des deutschen Publikums in stärkerem Maße als bisher den deutschen Bädern und Kurorten zuwenden wird, kommt dem Reichs-Bäder-Adreßbuch in diesem Jahre erhöhte Bedeutung zu. Eindringlich, geschickt und wirkungsvoll wirbt das Reichs-Bäder-Adreßbuch für den Besuch unserer deutschen Bäder und Kurorte und vermittelt einen lebendigen Eindruck von den landschaftlichen Schönheiten unseres Vaterlandes durch nahezu 1000 Illustrationen in Kupfertiefdruck. Die absolute Zuverlässigkeit und Gründlichkeit des Gesamtinhalts werden durch amtliche Ueberprüfung durch die Kur- und Badeverwaltungen und die maßgebenden Verbände gewährleistet. Das Buch ist seit Jahren gut eingeführt und wird in allen Reise- und Verkehrsbüros zur Auskunfterteilung gern benutzt. Man verlange das Reichs-Bäder-Adreßbuch in jedem Reisebüro zur Einsichtnahme. Der Preis ist wiederum herabgesetzt und beträgt jetzt für das über 1000 Seiten starke Buch im Lexikonformat RM. 7.50, zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag des Reichs-Bäder-Adreßbuches, Berlin SW. 68.

Das Exemplar liegt im Schalterraum zur allgemeinen Benutzung auf!

1- und 2 türige
Eisschränke
billig zu verkauf. K1110
Durlach, Kelterstr. 23.

Im Stadtgarten blühen die Rosen

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Eine nachhaltige Verschlechterung der Wetterlage ist nicht zu befürchten. Das nordeuropäische Hochdruckgebiet beherrscht die Witterung von ganz Mitteleuropa und stellt wieder baldige Aufheiterung in Aussicht. Wegen der Bewölkung werden die Temperaturen heute bei uns nicht so stark ansteigen.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 16. Juni 1932: Zeitweise heiter und trocken, nachts angenehm kühl, am Tage warm.

Wasserstand des Rheins

Basel 110, gest. 1; Waldshut 309, gest. 2; Schusterinsel 172; Kehl 316, gef. 2; Maxau 498, gest. 3; Mannheim 360, gef. 8; Caub 264, gef. 11 Zentimeter.

Kleine bad. Chronik

Falschmünzerei

***Steinbach (Bühl), 14. Juni. Als am Sonntag die Gendarmerie bei zwei jungen Leuten Haussuchung wegen Fahrraddiebstahls vornahm, entdeckte sie Vorbereitungsmaßnahmen zur Herstellung von Falschgeld. Das Material wurde beschlagnahmt und die beiden jungen Leute in Haft genommen. Zur Herstellung und Verausgabung von Falschgeld war es noch nicht gekommen.**

* **Friedrichsfeld,** 14. Juni. Hier wurde ein Ehepaar unter dem Verdacht der Falschmünzerei verhaftet und ins Mannheimer Gefängnis eingeliefert.

Opfer des Badens

* **Mundingen, a. K.,** 14. Juni. Hier traf vom Bürgermeisteramt die Nachricht ein, daß der jüngste Sohn der Familie Heinrich Hellert, der 19 Jahre alte Wilhelm Hellert, in Bieringen (Oberamt Künzelsau an der Jagst) ertrunken ist.

*

* **Gochsheim** (bei Bretten), 14. Juni. **Abtreibung.** Die Nachforschungen der Gendarmerie wegen verschiedener Verbrechen gegen das keimende Leben nehmen größeren Umfang an. Kaum der Schule entlassene Mädchen sind in die Vorfälle hineingezogen worden.

* **Kehl,** 14. Juni. Der 34 Jahre alte verheiratete Schlosser Wilhelm Moosmann badete gestern nachmittag in der Höhe der Zigarettenfabrik Job im Rhein. Plötzlich erlitt er einen Schwächeanfall, konnte noch um Hilfe rufen, sank aber dann unter und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

* **Kehl,** 14. Juni. **Vom Auto angefahren.** Hier wurde die auf dem Heimweg befindliche Witwe Mina Schütterle von einem Auto angefahren und zu Boden geschleudert. Mit erheblichen Verletzungen an Kopf und Beinen mußte sie ins Krankenhaus verbracht werden.

* **Odelshofen,** Amt Kehl, 14. Juni. **Durch Hufschlag verletzt.** Einen bedauerlichen Unfall erlitt am Montag vormittag der 24 Jahre alte Landwirt Albert Krieg. Beim Pflügen verwickelte sich das Pferd in die Stränge, als es Bremen abwehrte. Als Krieg das unruhig gewordene Tier freimachen wollte, schlug es aus und traf Krieg an den Unterkiefer. Krieg mußte ins Kehler Krankenhaus verbracht werden.

* **Sulz,** Amt Lahr, 14. Juni. Der 23 Jahre alte ledige Franz Fleig geriet beim Versuch, den Rhein zu durchschwimmen in Lebensgefahr. Er konnte von einem jungen Mann aus Lahr vom sicheren Tode des Ertrinkens gerettet werden.

* **Freiburg i. Br.,** 14. Juni. **Mit dem Fuß zwischen die Radspeichen gekommen.** Ein Radfahrer fuhr mit seinem etwa drei Jahre alten Kind, das er hinten auf dem Rad sitzen hatte. In einer Kurve brachte das Kind das linke Bein in die Radspeichen, wodurch ihm Ferse und Wade aufgerissen wurden. Es wurde in die Chirurgische Klinik Freiburg verbracht. Man glaubt nicht, daß es möglich ist, das Beinchen zu erhalten.

* **Munzingen a. K.,** 14. Juni. **Streichhölzer als Spielzeug.** Durch mit Streichhölzer spielende Kinder entstand hier ein Zimmerbrand, der jedoch bald gelöscht werden konnte. Das Zimmer ist vollständig ausgebrannt.

* **Steißlingen,** Amt Stockach, 14. Juni. Im Steißlinger See ertrank das 5½ Jahre alte Söhnchen des Landwirts August Schuhmacher. Nach 20 Minuten Suchens konnte die kleine Leiche vom Seegrund geborgen werden.

* **Ahausen,** Amt Ueberlingen, 14. Juni. Das 3 Jahre alte Söhnchen des Landwirts Johann Moser fiel in die Ach. Es konnte gerettet werden. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

Nationalsozialistische Judenhetze

Aus dem Oberland wird uns geschrieben:

„Der Deutsche ist ein Kämpfer, der Jude aber — ein Händler." Diesen hanebüchenen Unsinn sprach vor einigen Tagen der Nationalsozialist Hascheburger, Regierungsbaumeister a. D. aus Wilhelmshaven, in einer öffentlichen Versammlung in Konstanz aus. Er behandelte das Thema: Judentum und Rasse und erklärte hierzu, die 25 Parteien Deutschlands wären hierzu nicht in der Lage, da sie sämtlich vom Judentum verseucht seien. Das muß natürlich der Nationalsozialist wissen. Es lohnt sich, einzelne Pointen eines solchen Vortrages wiederzugeben. So behauptete Hascheburger allen Ernstes folgendes:

„Die Grausamkeit der Juden zeige sich auch an ihrem sinnlichen Triebe. Er erinnere nur an die grausame Tat, die sich in Paderborn abgespielt habe. Zwei Juden hätten dort ein Mädchen, nachdem sie es gebraucht hätten, zerrißen."

Der grausige Fall in Paderborn ist längst geklärt; aber ein nationalsozialistischer Redner schleudert solche Dinge **als allgemeine Anklage** in die zuhörenden Massen hinein. Das ist doch die Frivolität gegen die jüdischen Mitbürger auf die Spitze getrieben.

Daß Hascheburger sogar die **heutige Frauenmode** als dem Judentum zum Opfer gefallen hinstellte, verwundert nach der vorhergegangenen Probe nicht mehr.

Was hätte aber erst der verstorbene Außenminister **Stresemann** gesagt, wenn ihm ein Nationalsozialist öffentlich attestiert hätte, wie es Hascheburger in Konstanz getan, einer seiner Söhne habe als Student nur deswegen die Prüfung nicht bestanden, weil seine Mutter — eine Jüdin ist. In der Ehe mit einer deutschen Frau, so sagt Hascheburger, wäre das nicht passiert!

Soll man sich da mehr wundern über diese nationalsozialistische Arroganz oder über die Dummheit des Redners?!

Er prophezeite auch, daß in den nächsten Jahren die Juden aus **Deutschland wieder auswandern würden,** weil es jetzt nichts mehr zu holen gäbe; ihr Geld aber hätten die Juden längst in Sicherheit gebracht. — In den Krieg wären die Juden auch nur gezogen, weil wir seinerzeit die **Wehrpflicht** gehabt hätten; sonst wäre ihnen dies nicht eingefallen. Daß Ludwig Frank und mit ihm viele Tausende von jüdischen Mitbürgern als Freiwillige in den Krieg zogen, will der Redner nicht wissen. Lebensprinzip des Juden wäre: Wie komme ich durch, ohne zu arbeiten?!

Auf diesen Ton war das nationalsozialistische Referat vom Anfang bis zum Ende gestellt. — Heißt das nicht die einzelnen **Schichten der Bevölkerung furchtbar aufeinander hetzen?!** Wenn Besucher einer solchen nationalsozialistischen Versammlung dann Exzesse gegen Juden begehen, wie es schon verschiedenfach geschehen ist, dann ist dies kaum **verwunderlich.** Was gedenkt man dagegen zu tun?

Wer kämpft mit Terror u. bewußter Verleumdung gegen Andersdenkende?

Die Nationalsozialisten!

Wer verhetzt die Jugend und peitscht die politischen Gemüter unmotiviert auf?

Die Nationalsozialisten!

Wer verteidigt die politischen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten?

Die Sozialdemokraten!

Neue Liebesgaben

Spritbeimischung soll verdoppelt werden – Damit wird die Belastung für den Kraftverkehr um 35 Millionen auf über 70 Millionen Mark erhöht – Wahlgelder aus Subventionen

Die Großagrarier stellen an den Reichsernährungsminister Freiherr von Braun die andere Forderung nach **Erhöhung der Spritbeimischung zum Benzin** auf 15 Prozent. Gegenwärtig beträgt die Beimischungsquote 6 Prozent. Der Reichsernährungsminister soll bereit sein, die Quote auf 10 bis 12 Prozent zu erhöhen. Die Spritmengen, die der Kraftverkehr nach Erhöhung der Beimischungsquote von den großagrarischen Kartoffelbauern abzunehmen hätte, würde sich damit verdoppeln. Die neue Adelsregierung glaubt es verantworten zu können, den Großagrariern aus dem Kraftverkehr eine **neue Liebesgabe von 35 Millionen Mark zuschanzen** zu dürfen.

Betroffen wird der **wichtige Autobusverkehr** in den Großstädten, der Mann, der den Autobus benutzen muß, um seine Arbeitsstelle zu erreichen, der Geschäftsverkehr. Immer wieder wird behauptet, daß die **großen Spritbrennereien** sich bereit erklärt haben, an die Rechtsparteien, hauptsächlich an die Deutschnationalen und an die Nationalsozialisten **Wahlbeihilfen** für die bevorstehenden Wahlen zu zahlen, wenn die Spritbeimischung, also die Subvention an die Großagrarier, erhöht wird. Es soll da ein ganz bestimmter Schlüssel ausgearbeitet sein, in der Art, daß die Wahlhilfen sich mit jedem Prozent Beimischungsquote steigern. Setzen also die Rechtsparteien bei dem neuen Ernährungsminister eine höhere Quote durch, dann werden die Großagrarier, die keine Steuern zahlen und immer wieder behaupten, keine Steuern zahlen zu können, ihre Wahlsubsidien für Hugenberg und Hitler erhöhen. Diese Abmachungen werden natürlich dementiert. Das Gerücht darüber taucht aber immer wieder und an mehreren und solchen Stellen auf, die es wissen müssen, so daß an der Richtigkeit gar nicht zu zweifeln ist.

Das die Hintergründe, warum eigentlich unsere Kraftverkehrswirtschaft, der Sportler auf dem Motorrad und der Autofahrer aufs Neue bluten sollen. Die Regierung Brüning hat sich unter großagrarischem Druck auf den Weg der Spritbeimischung drängen lassen. Sie nahm damals für sich in Anspruch, daß das Branntweinmonopolamt von seinen ungeheuren Beständen — über zwei Millionen Hektoliter, die auf dem Wege der Spritbeimischung unmöglich zu beseitigen sind — befreit werden müsse. Eine ziemlich faule Ausrede angesichts der Tatsache, daß man zu einer Zeit, wo man mit der „Befreiung des Monopolamts von seinen Vorräten begann, die Subventionen an die großagrarischen Kartoffelbauern erhöhte, also, mit anderen Worten gesagt, die Vorräte wiederum steigerte. Heute läßt man den Vorwand von der Befreiung des Monopolamts glattweg fallen. Als die Regierung Brüning sich für den Spritbeimischungszwang einfangen ließ, gab sie das bestimmte Versprechen, für den Fall, daß die Spritbeimischungsquote weiter erhöht würde, der Spritübernahmepreis um 10 Mark zu senken wäre. Heute bezahlt der Kraftverkehr für den Zwangsprit den irrsinnig hohen Preis von 50 Mark pro Hektoliter. Man muß dabei überlegen, daß man 100 Liter Benzin cif Hamburg für vier bezw. 6 Mark bekommen kann. Man muß also den Subventionsprit der Großagrarier mit einer Summe bezahlen, für die man fast die 12fache Menge an Benzin einkaufen kann. Nach dem Versprechen der Regierung Brüning müßte jetzt der irrsinnig hohe Preis von 50 Mark auf 40 Mark gesenkt werden. Die Adelsregierung erklärt aber, sie denke nicht daran. Sie fühle sich nicht an die Versprechungen Dr. Brünings gebunden. Also verbleibt es bei 50 Mark. Das wird den Kraftverkehr weiter einschränken. Die Kulissen fallen.

Bis jetzt ist der Kraftverkehr durch die Spritbeimischung mit etwa 32 Millionen Mark belastet. Glatte Subventionen an die Großagrarier! Durch die Erhöhung der Beimischungsquote von 6 auf 10 bezw. 12 Proz. kommt eine neue Belastung um 35 Millionen Mark heraus. Neben einem Zoll von 16,2 Pfg. steckt in dem heutigen Benzinpreis für 1 Liter eine Belastung aus dem Beimischungszwang in Höhe von 1,8 Pfennigen. Diese Belastung wird durch die Quotenerhöhung um mindestens 2 Pfg. auf immerhin 3,8 Pfennig erhöht. Man muß sich diese Belastung einmal klar machen.

Umsonst zahlen ja die großagrarischen Brennereien an die Nazis und Deutschnationalen keine Subventionen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Letzte Nachrichten

Die Nazi müssen Farbe bekennen

Dessau, 14. Juni. (Eig. Draht.) Im anhaltischen Landtag hat die **sozialdemokratische** Fraktion aus Anlaß der **Stillegung** eines der **größten Dessauer Betriebe** eine Anfrage an die **Naziregierung** eingebracht, deren Beantwortung von Allgemeininteresse sein dürfte. Die sozialdemokratische Fraktion fragt die Naziregierung, was sie zu tun gedenke, um die **1400 betroffenen Arbeiter und Angestellten** der Dessauer Zuckerraffinerie vor dem Schicksal unverschuldeter Arbeitslosigkeit zu bewahren und den **Punkt 13 des nationalsozialistischen Parteiprogramms zu wahren.** Die sozialdemokratische Fraktion macht in der Begründung darauf aufmerksam, daß der Naziminister Präsident Dr. Freyberg bei Antritt seines Amtes erklärt habe, er sei nicht vom anhaltischen Landtag, sondern von seinem Parteiführer Adolf Hitler eingesetzt. Man dürfe wohl dann von ihm erwarten, daß er entsprechend dem Programm Hitlers regiere. Punkt 13 dieses Programms aber fordere, daß alle bereits vergesellschafteten Trustbetriebe verstaatlicht werden sollen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion macht darauf aufmerksam, daß die Dessauer Zuckerraffinerie als Teil eines großen Konzern ein vertrusteter Betrieb sei. Da es diesem Konzern finanziell glänzend geht (er hat im vergangenen Jahr seine Dividende auf 8 Prozent erhöht und außerordentliche Rücklagen machen können), stellt die Stillegung eine Verletzung des nationalsozialistischen Grundsatzes „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" dar.

Die sozialdemokratische Fraktion fragt daher die Staatsregierung, wann sie im Interesse der Allgemeinheit im Verfolg des nationalsozialistischen Parteiprogramms mit der Verstaatlichung der vertrusteten Betriebe beginnen wolle.

Sparmaßnahmen Frankreichs

Die Wirtschaftskrise verschont kein Land

Paris, 14. Juni (Eig. Draht). Die Generalversammlung der Präsidenten der französischen Handelskammern hat am Dienstag eine Reihe von Entschließungen angenommen, von denen die wichtigste eine sofortige und massive Herabsetzung aller öffentlichen Ausgaben mit Ausnahme der für die Landesverteidigung, die jetzt notwendiger denn je sei", verlangt. Diese Herabsetzung soll u. a. mit folgenden Mitteln durchgeführt werden: Herabsetzung der Beamtengehälter und Dienstentschädigungen in dem gleichen Maße, in dem die Gehälter im Handel und in der Industrie gekürzt worden sind, Konversion der Renten, Sanierung des gemeinsamen Fonds der Eisenbahngesellschaften, Reorganisation der Sozialversicherung und Verwaltungsreform.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

J. B. 2

Donnerstag abend 19½ Uhr wichtige Versammlung in der Hebelschule. **Straßenobleute** haben für restloses Erscheinen zu sorgen.

Auskünfte der Redaktion

N.H.K. Wenn eine Klosettanlage aufgrund ihrer **Lebensdauer** schadhaft geworden ist, so hat der Hauseigentümer für deren Reparatur oder Erneuerung aufzukommen. Derselbe ist auch verpflichtet etwaige beschaffte Ersatzteile erneuern zu lassen und die Unkosten zu bezahlen.

J. v. R. Behalten Sie den Restbetrag von 30 Mark solange ein, bis die Beanstandung an ihrem Möbelstück durch den Möbelhändler beseitigt ist.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 12. Juni: Karl Schlageter, Polizeikommissär a. D., Ehemann, alt 67 Jahre (Kippenheim). — 13. Juni: Katharina Betz, alt 80 Jahre, Witwe von Johann Betz, Schuhmacher. Beerdigung am 16. Juni, 9.30 Uhr. Florian Adam, Taglöhner, ledig, alt 40 Jahre (Ettlingen). Reinmuth, Finanzsekretär a. D., ledig, alt 74 Jahre. Beerdigung am 16. Juni, 15 Uhr. — 14. Juni: Susanna Ritzhaupt, alt 64 Jahre, Privatiere, ledig. Beerdigung am 16. Juni, 14 Uhr.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Die letzte Vollversammlung der Handelskammer Karlsruhe befaßte sich mit der Frage eines Güterverkehrsmonopols der Reichsbahn. Die Monopolpläne begegneten allseitigem Widerspruch, ohne daß man dabei allerdings die bedrängte wirtschaftliche Lage der Reichsbahn verkannte. Die Vollversammlung hielt es für unerwünscht, die Monopolpläne in überhasteter Weise zu behandeln.

In meinen **renovierten Räumen** zeige ich **die allerneuesten Modelle**

Schlaf-, Speise-, Herren- u. Wohnzimmer zu unerreicht billigen Preisen!

Meine Ausstellung ist für **jedermann** eine **Sehenswürdigkeit!** Ich bitte um Besichtigung!

3176

Möbel-Reis

Ritterstr. 8 — neben Tietz

Auch in Ihr Haus gehört ein Klavier von

Ludwig Schweisgut
Erbprinzenstraße 4 (beim Rondellplatz)
Flügel u. Pianinos 3240
v. billigst. Lernklavier b. z. kostbarst. Flügel

Qualitäts-Möbel
Außergewöhnlicher Verkauf
Selten günstige Gelegenheit für Brautleute. 3238

Wegen Räumung meines Lagers Waldstr. 6 bin ich gezwungen einen größeren Posten Schlafzimmer zum größten Teil ganz moderne Modelle, sowie einige Wohnzimmer, Küchen und Einzelmöbel zu **außergewöhnlich billigen Preisen** zu verkaufen.

Wer sein Geld gut und sicher anlegen will, benütze diese Gelegenheit. Kommen Sie sofort zur unverbindlichen Besichtigung, und Sie werden über meine Preise erstaunt sein.

KARL KÜNZLER, Waldstr. 8

3248

Diese Woche nochmals:

4 Sondertage

vom Mittwoch bis Samstag

8 Stück Holländer grüne Heringe 1932er + 3 Pfund neue Kartoffeln **50 ₰**

3 Stück fette zarte Matjesheringe + 3 Pfund neue Kartoffeln **50 ₰**

Zubereitung: Die 24 Stunden gewässerten, sorgfältig geputzten Heringe legt man mit den in Ringen geschnittenen Zwiebeln, Zitrone, Nelken, Pfefferkörner und Lorbeerblatt in eine Schüssel und gießt den gekochten erkalteten Essig darüber. Die Heringsmilch wird durch ein Sieb getrieben, mit der gekochten kalten Milch verrührt und ebenfalls über die Heringe gegossen.

Pfankuch
.... und unser Rabatt

Badisches Landestheater
Mittwoch, 15. Juni
*E 29
Th.-Gem. II. S.-Gr.
Der **Zigeunerbaron**
Komische Oper von Johann Strauß
Dirigent: Krips
Spielleitung: Viktor Brusche.
Mitwirkende: Fischbach, Habertorn, Reich-Dörich, Burk, J. Grötzinger, Hospach, Kiefer, Löser, Nentwig, Schoepflin, G. Grötzinger, Kilian, H. Lindemann, Schäfer.
Anfang 20 Uhr
Ende 22.45 Uhr
Preise D (0.90—5.70 ℳ). 775
Do. 16. 6. Die drei Musketiere.
Fr. 17. 6. Schneider Wibbel. Sa. 18 6. Das Dreimäderlhaus.
So. 19. 6. Rienzi.

VOLKSBÜHNE Blau abholen!

Zu vermiet. an alleinstehende Person gr. leer. Zimmer m. Nebenraum, neu hergerichtet, elektr. Licht, Zentralheizung, Hardtstr. 15 (Eing. Lameystr.), Neub., f. 15 Mk. Zu erfr. **Zimmermann,** Waldstr. 53 V. B1113

Zimmer, gut möbl., mit elektr. Licht, sofort oder später zu vermieten. **Rintheim. Str. 20** I r.

Gebr. Hobelbank mit Eisenspind. nebst Schreinerwerkzeug z. kauf. ges. Zu erfr. unt. B 1114 im Volksfreund.

Ein fast neues **Tisch-Grammophon** mit ca. 25 Platten zu verk. od. geg. ein Herren- od. Damenrad zu tausch. ges. Zu erfrag. unt. L 1115 im Volksfreund.

Bandonika, fast neu, billig zu verkaufen. **Alfons Lichtenberger Ettlingen,** Bulacher Straße 3. 2 1107

Gut erhaltenes starkes **Herrenfahrrad** billig abzugeben. B1108 **Karlstraße 45,** H. II

Damen- und Herrenfahrrad, wie neu, i. A. sehr billig abzugeben. **Moltkestr. 133,** II. r.

Tornister gut erhalten b. Jugendlichem zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unt. S 1100 an den Volksfrd.

Gasherde mit Backofen von **65 ℳ** an **Kohlenherde** (neue Mod.) emaill. mit Nickelschiff v. **70 ℳ** an. Ihr alter Herd wird in Zahlung genomm. **Komb. Herde** bill. **Badeeinrichtung.** Billigst. Zahlungserleichte. Spezialhaus **BEHDER & Co.** G. m. b. H. **Amalienstraße 25** Ecke Waldstraße Fernspr. 244 u. 245

Gartenstadt Karlsruhe e. G. m. b. H.

Wir haben zu vermieten:

Einfamilienreihenhaus, 3 Zimmer, Küche, Dachkammer, Veranda, Bad, Garten; sofort.

Desgleichen zum 1. Oktober 1932.

Einfamilienreihenhaus, 4 Zimmer, 2 Kammern, Bad, Veranda, Garten; sofort.

Zum 1. Oktober 1932 Einfamilienreihenhaus, 3 Zimmer, Dachkammer, Bad, Veranda, Garten

Doppelhaus, 4 Zimmer, Kammer, Bad, 2 Veranden, Garten.

Einfamilienreihenhaus (Althaus), 3 Zimmer, Küche u. Zubehör

Etagen-Wohnung. 3 Zimmer, Küche, Bad und Zubehör; sofort.

Meldungen in der Geschäftsstelle, Ostendorfplatz 2, wo die näheren Bedingungen zu erfahren sind. 376

Der Vorstand.

Der grosse Verkauf
Der neue Preis
SS 4.5
Man spricht wirklich davon!
HERMANN **TIETZ** KARLSRUHE

Der Blitz am Mittwoch

Für warme Tage:
Einsatzhemd porös, prima Qualitäten, zum Teil 2fädig, Maco Größe 4 Steigerung -.15 **1.70**
Frottier-Handtuch feinfarb'g . 55×110 **-.95**
Bade-Anzug in ganz modernen Mustern, 2farbig . . . . Größe 42 Steigerung -.20 **1.30**
Dieses Angebot gilt nur heute
Burchard

Wanzen samt Brut
werden mittels meinem **neuesten, unübertroffenen Vergasungs-Verfahren unter Garantie** radikal vernichtet. 2341
Ungeziefer-Vernichtungs-Anstalt F. Höllstern Herrenstraße 5 Telefon 5791

Modernes **Speisezimmer-Büfett 135.-**
Dieses Angebot wirkt verblüffend. Ueberlegen Sie sich das Sie für das Büfett Ihres Wohnzimmers nicht mehr auszugeben brauchen, als für ein anständiges Küchenbüfett. Dabei ist dies Wohnzimmerbüfett sauber gearbeitet u. von schöner moderner Form. Besichtigen Sie bitte einmal unverbindl. dieses Modell. Alle Flächen sind glatt, die Ecken sind abgerundet, im Unterteil sind zwei Besteckschubladen der Vitrinen-Aufsatz hat geschliffene Scheiben.
Wie sollen wir besser unser Leistungsfähigkeit beweisen in einer Zeit, wo es auf jeden Pfennig ankommt? 3240
Möbelhaus MarxKahn Waldstraße 22 (neben Colosseum)

Wer leiht 120.- M. gegen gute Sicherheit. Offerten unter Nr. 3223 an den Volksfreund.

Durlach. Schöne, sonn. **3-Zimmer-Wohnung** oder 2-Zimmer-Wohng. mit Mansarde sofort zu **mieten gesucht.** Angebote mit Preis unter Nr. F 912 a. d. Volksfrd.

Schöne 5-Zimm.-Wohnung Bad u. sämtl. Zubehör, eventl. mit Laden, zu **vermieten.** G1105 Anzufrag. **Adlerstr. 8,** 3. Stock, bei **Groß.**

Gut erhaltenes **Schlafzimmer** mit Rost und Matratze bill. z. verk. od. geg. steuerfreies Motorrad zu tauschen. Zu erfr. unt. S 1111 im Volksfrd.

Einen gut erhaltenen **Hochzeitsanzug** z. kauf. gesucht. Adr. z. erfr. unt G 1109 im Volksfreund.

Nähmaschine Rundschiff mögl. gut erhalt. **zu kaufen gesucht.** Ang. mit Preis und System der Masch. unter H 3144 an den **Volksfreund.**

Einfamilien-Häuser schlüsselfertig, massiv erbaut, mit Bauplatz, Straßen- u. Kanalkosten Plananfertigung und Bauleitung, zum Preise von 11 500 ℳ
Näheres: **Bauhütte Karlsruhe** Marienstraße 96 Telephon 5200.

Versteigerung. 3237
Heute, morgen und übermorgen
komplette Haushalt-Versteigerung
Schloßplatz 10, II
Näheres siehe Anzeige in der Ausgabe vom Dienstag.
Franz J. S. Schwer, Zirkel 27. Tel. 4852

Nachlaß-Versteigerung.
Morgen Donnerstag, 16. Juni, vormitt. 10 und nachmitt. 2 Uhr, versteigere ich i. A. aus besserem Hause, **Hirschstr. 113, 3. Stock,** Büfett, Ausziehtisch u. andere Tische, 6 Leder- und andere Stühle, Schreibtisch, Schränke, Diwan, Polstersessel, Flurgarderobe, sonst. Möbel, Badeeinrichtung mit Gasofen, Spiegel, Bilder, Koffer, Bücher, elektr. Lampen, Glas- und Porzellangeschirre, Nippesachen, Damenkleider, Wäsche, Kokosläufer, Haus- und Küchengeräte. 3236
D. Gutmann, Auktionator, Rudolfstr. 12, Telephon 6608
Um 12 Uhr Freihandverkauf von 10 guten Oelgemälden. Die Möbel komm. um 4 Uhr z. Ausgebot

Kaffee Bauer
Heute **Mittwoch** 20.30 Uhr
Sonder-Konzert
Kapelle Ernö Walter
Einlage 3.47
Romanze, Der Schwan } für Cello { Rehbock, Saint Saens
Solist: Hans Nöhren
Im II. Teil: Unterhaltungsmusik mit Bühnenschau
Morgen Donnerstag **Tanz-Abend**

Jetzt
schafft Aufklärung von Mund zu Mund. Werbt immer für die sozialdemokratische Presse

A. Werthhammer
MALERMEISTER
Luisenstraße 37, Tel. 7365
Ausführung aller Maler-Arbeiten
414 solid und preiswert.

Ausschneiden!
Bestellschein
Bestelle hiermit den **VOLKSFREUND**
Name.....
Beruf.....
Wohnort.....
Straße und Nummer.....

Ettlinger Anzeigen

Die städt. Scheuer mit Stall, Bruchgasse 13, — vormals Leopold Rissel — wird dem Verkauf ausgesetzt.

Angebote mit Kaufpreisangabe sind spätestens bis zum 21. 6. 1932 beim Bürgermeisteramt einzureichen.

Besichtigung nach vorheriger Anmeldung beim Stadtbauamt möglich.

Ettlingen, den 12. Juni 1932. 779

Gemeinderat — Der Bürgermeister.

Blumenschmuck

Die Stadtgemeinde beabsichtigt, zur Verschönerung und Belebung des Stadtbildes auch im laufenden Jahre wieder einen Wettbewerb für Fenster- und Balkonschmuck zu veranstalten. Für die besten Leistungen sind 10 erste Preise im Werte von je 10 ℳ, 15 zweite Preise von je 5 ℳ und 25 dritte Preise von je 3 ℳ ausgesetzt. Die Bewertung des Blumenschmucks und die Zuteilung der Preise erfolgt aufgrund vorheriger Besichtigung durch ein vom Gemeinderat bestelltes Preisgericht. Die Zustellung der Preise wird seinerzeit veröffentlicht.

Indem zur Beteiligung an diesem Wettbewerb aufgefordert wird, wird ersucht, Anmeldungen hierfür bis zum 30. Juni 1932 auf der Polizeiwache einzureichen, woselbst auch die Formulare für die Anmeldung ausgegeben werden. 778

Ettlingen, den 8. Juni 1932.

Der Bürgermeister.